



# Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Redaktionsschluss 16.06.2023

Heft Nr.: 9

Nr. 01/2023

## Eine radiakldemokratische Staatstheorie

– von J. M. Hackbarth

## Was ist aus der radikaldemokratischen Jugend der FDP geworden?

(Fortsetzung aus dem Heft  
03/21), vorgestellt und  
kommentiert

- von J.M.Hackbarth

## Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen. Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“

(Fortsetzung aus dem Heft  
03/21)

- von J.M.Hackbarth

## Unwert zu leben Der Keim der „Banalität des Bösen“ liegt im Repräsentativ- system

- von Holger Thurow-N.



Ein Projekt der  
„Gesellschaft  
der Gleichen“  
(GdG), ein  
Ortsverein von  
UMEHR e.V.

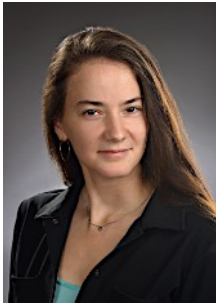
[https://radicaldemocrat.news/philo  
sophie-radikaldemokratie/](https://radicaldemocrat.news/philo-sophie-radikaldemokratie/)



BY SA







Die Skulptur steht in Magdeburg und ist 5 Meter hoch. Zwei überdimensionale Hände aus Holz, mit Stahlunterkonstruktion symbolisieren „das Leben auf Händen getragen“. Die Künstlerin MuNic möchte allen Menschen Mut machen und daran erinnern, dass jeder selbst Schöpfer ist und durch Konzentration auf die positiven Momente des Lebens auch schlimme Zeiten überstehen kann, ohne sich von destruktiven Wirkungen politischer Entscheidungen erdrücken zu lassen. Jeder Mensch kann etwas schaffen, kann schöpferisch tätig sein, sich selbst Sinn geben, menschlich sein. Menschen können nur in Gemeinschaften überleben. Wenn aber Gemeinwesen zerstört werden, das Gemeinschaftliche hintertrieben und verboten wird, dann erfährt der Sinn schöpferischer Tätigkeit eine ganz neue Entschlossenheit.

*Die Redaktion*

Im Juli-Heft vom 31.07.2020 hatte sich **MuNic** schon vorgestellt. Die Ausgabe ist hier zu finden: <https://radicaldemocrats.org/philosophie-radikaldemokratie/> hier das PDF.

„Die Seile der Abhängigkeit zerschneiden“ nannte MuNic dieses Bild, dass sie uns für die Titelseite zur Verfügung gestellt hatte, siehe folgendes Bild:



Sie schrieb unter anderem zu ihrer Kunst, die sie auf Seite 2 vorgestellt hat, Zitat:

„Wer verlässt sich noch auf die Politiker? In unserem Krankheitssystem, sind doch den Ärzten auch die Hände gebunden. Wir müssen es selber machen. Wir sollten drauf achten, dass durch Hetzkampagnen nicht mehr gespalten wird. Das „Teile und Herrsche – Prinzip wird auch heute noch angewendet. Wenn wir es schaffen, ein eigenes System aufzubauen, können wir uns von den Ketten des alten Systems lösen, können nicht mehr geknechtet werden.“

*Die Redaktion*

**Das Leben ist kostbar.  
Die Skulptur zeigt das Leben auf Händen getragen.  
Sei dankbar dafür dass du leben darfst.**

**Du selbst bist Schöpfer. Konzentriere dich  
auf die positiven Momente in deinem Leben.  
Genieße sie. Jeder Moment ist einmalig.  
Weiß das Leben zu schätzen.**



## Inhaltsverzeichnis

### Seite Thema

- 2 Die Künstlerin stellt ihr Kunstwerk vor**
- 4 Eine radikaldemokratische Staatstheorie**  
– von Jürgen Michael Hackbarth
- 9 Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?**  
(Fortsetzung aus dem Heft 03/21), vorgestellt und kommentiert  
- von J.M.Hackbarth
- 16 Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen. Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“** (Fortsetzung aus dem Heft 03/21)  
- von J.M.Hackbarth
- 19 Unwert zu leben**  
**Der Keim der „Banalität des Bösen“ liegt im Repräsentativsystem**  
- von Holger Thurow-N.
- 26 „Der Aufstand“ Titelseiten der letzten 9 Ausgaben**

## Einleitung

Das vorherige 8. Heft dieses Formates einer philosophischen Zeitschrift erschien fast genau vor zwei Jahren und seit dem hat sich für die Redaktion sehr viel verändert, so dass wir die Arbeit für weitere Ausgaben in dieser Form nicht mehr aufbringen konnten. Nach längeren Überlegungen und organisatorischen Veränderungen, möchten wir zu einem Format über gehen, welches besser zu unseren jetzigen Lesern passt, diese besser mit einbeziehen kann und von uns allen ohne großen zusätzlichen Aufwand zu leisten ist.

Da der „Philosophenclub der Lohnabhängigen“ (PCL) seit letztes Jahr ein Teil der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG) geworden ist und dieser ein Ortsverein des UMEHR e.V., hat sich auch die rechtliche und organisatorische Situation der Redaktion des PCL verbessert und steht jetzt auf stabileren und größeren Füßen. Nach mehreren personellen Veränderungen in den teils verschiedenen Redaktionen, bietet sich jetzt eine Fusion und neue Arbeitsteilung in diesen an.

Die Redaktion der GdG hat das Profil ihrer Wochenzeitung „Der Aufstand“, dass ursprünglich von Mitgliedern der Sammlungsbewegung „aufstehen“ inspiriert war und nur eine vage demokratische Orientierung präsentierte, hin zu einer Zeitung entwickelt, die sich im Untertitel und in ihren Inhalten deutlich an radikaldemokratische Zielsetzungen orientiert. Aus diesem Grunde wollen wir zukünftig die hier angedachte radikaldemokratische Debatte weitestgehend an die Wochenzeitung übergeben, was allen Teilnehmern die Möglichkeit bietet, schneller öffentlich zu antworten.

Es ist für unsere Redaktion auch sehr praktisch, dass jetzt auch das Kunstprojekt „Free Slave Projekt“ (FSP) Teil der GdG geworden ist, weil sich für uns herausgestellt hat, dass wir mit den Ausgaben unserer Zeitschriften, nicht im gleichen Takt mit der Produktivität der Künstler sind, was zur gegenseitigen Behinderung geführt hat. So musste jetzt die letzte Künstlerin fast zwei Jahre warten, bis wir

ihr Kunstwerk in diesem 9. Heft veröffentlichen. Zukünftig ist es also besser, auch die Aktivitäten des FSP von dem Format einer unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift zu entkoppeln und diese an die Redaktion der Wochenzeitung mit einer eigenen Rubrik zu übergeben. Mit diesem 9. Heft kommen wir also vor allem unserer eingegangenen Verpflichtung gegenüber dem FSP nach und veröffentlichen endlich das für die Titelseite eingereichte Kunstwerk. Aus Gründen des umfangreichen Arbeitsaufwandes für unsere Redaktion und den veränderten Wünschen unserer Stammleserschaft, werden wir diese Gestaltung der Titelseite über das FSP nicht in der Form fortsetzen können, sondern nur wenn es sich zufällig und thematisch anbietet.

Durch umfangreichen mündlichen und schriftlichen Austausch mit unseren Stammlesern und neuen redaktionellen Mitarbeitern in den Strukturen und im Umfeld von UMEHR e.V., ist der Redaktion dieser Zeitschrift bewusst geworden, dass der Bedarf an leicht verständlichen und komprimierten Informationen zum Thema „Radikaldemokratie und Besitzrecht“ zwar sehr groß ist, aber noch nicht in praktikabler Form gedeckt wird. Um diesen Bedarf decken zu können, möchten wir ab dem Heft Nummer 10, nur noch Hefte zu ganz bestimmten Themen herausbringen, in der das jeweilige Thema von einem oder mehreren radikaldemokratischen Standpunkten aus beurteilt wird. Zusätzlich erachten wir es als zweckmäßig ein solches Themenheft neu aufzulegen, wenn die Inhalte von den Autoren verändert, oder ergänzt werden möchten. Natürlich können die Themenhefte auch von neuen radikaldemokratischen Autoren mit Beiträgen weiter ergänzt werden.

Als Grundprinzip für Einreichungen in die Themenhefte möchte sich die Redaktion an dem Wunsch unserer Leser orientieren, dass sie in einem Heft das unter dem Hauptthema „Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht“ erscheint, auch nur Beiträge finden, die sich an diesem Thema orientieren. Andere Beiträge und Kritiken an radikaldemokratischen Positionen, z.B. auf der ökonomischen Basis eines modernen Besitzrechtssystems, werden wir gerne in der Wochenzeitung veröffentlichen.

Natürlich kann jeder Radikaldemokrat in das neue Format mit seinem ganz speziellen Thema einsteigen und ein Themenheft eröffnen. Um nicht den Überblick zu verlieren, werden wir vermutlich jedem Thema eine chronologische Nummer zuordnen und durch die Nummer der Auflage ergänzen. Sollte sich ein Thema als sehr umfangreich erweisen, müssten wir es aus technischen Gründen in mehrere Bände teilen. Das könnte beispielsweise wie folgt aussehen:

**Thema: 1, Auflage: 1, Band: 1 und 2**

Vor dem Erscheinen eines jeden Themenheftes, empfiehlt die Redaktion eine Redaktionssitzung aller radikaldemokratischen Autoren.

*Die Redaktion*



**Wochenzeitung als PDF unter:**

**[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)**

### IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Holger Thurow-N.

Herausgegeben von der

"Gesellschaft der Gleichen", ein

Ortsverein von "UMEHR e.V."

(VR 24757),

Holsteiner Chaussee 303 b,

22457 Hamburg, Tel.: 0151/54180372

Email: [deraufstand@umehr.net](mailto:deraufstand@umehr.net)





# Eine radiakldemokratische Staatstheorie

## 1. Eine radikaldemokratische Verfassung

**1.1. Das Rechtssystem eines radikaldemokratisch verfassten Staatsvolkes entspringt aus freiwilligen Übereinkünften und Verträgen zwischen Staatsbürgern.** Solche Übereinkünfte und Verträge nehmen früher oder später die Form einer gemeinsamen Verfassung an, welche die Grundlage für alle weiteren Gesetze bildet. Jedes radikaldemokratische Gemeinwesen kann sich nur um eine gemeinsame Verfassung und deren Gesetze aufbauen. Eine solche grundsätzliche Übereinkunft eines Staatsvolkes, setzt eine erste einstimmige Übereinkunft voraus, so wie es auch beim Zweck eines Vereins der Fall ist und der laut dem BGB § 33, Punkt 1, auch nur einstimmig verändert werden kann. Erst auf der Grundlage einer solchen grundsätzlichen Übereinkunft, kann in der Folge über Gesetze und Verträge verhandelt werden. Ein Gemeinwesen kann seine Verbindlichkeit nach außen, nur aus einer solchen Verfasstheit ziehen, die von einer Gemeinschaft insgesamt getragen und garantiert wird. Verliert ein Gesellschaftsvertrag zwischen Staatsbürgern seine Verbindlichkeit, muss umgehend neu verhandelt werden. Sobald eine Volksmasse durch einen solchen Vertrag zu einem Staatsvolk vereint und organisiert ist, gewinnt es eine außerordentliche Stärke und Konsistenz.

Es ist für die Entstehung eines Staatsvolkes sehr wichtig, daß sich Einzelpersonen in einem Konsens zu politischen Organisationen konstituieren, wo ausführliche Debatten über anstehende Entscheidungen möglich sind, um mehrheitsfähige Lösungen zu finden.

Das allgemeine Ziel der Menschen in einem Gemeinwesen ist in der Regel darauf orientiert, dass es Jedem gut geht und den für alle nützlichen Zusammenhalt nicht verliert. Alle Menschen haben eine Vorstellung von Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz, dass auf alle Mitglieder gleichermaßen angewendet werden soll. Deswegen sollten Gesetze auch von allen ausgehen, die sie einhalten möchten. Alle anderen Verhältnisse sind Außenstehende und können nur vertraglich geregelt werden, aber nicht auf der Grundlage einer gemeinsamen Verfassungs- und Gesetzgebung.

**1.2. Die Grundstrukturen einer radikaldemokratischen Gesellschaft von Staatsbürgern und solchen die es werden wollen, sind überschaubar und auf freiwillige Übereinkünfte gegründet.** Der Ausgangspunkt radikaldemokratischer Basisstrukturen liegt bei Vereinigungen, die auch schon vor der Konstituierung radikaldemokratischer Staaten möglich sind. Dafür eignen sich besonders Vereine und Gesellschaften, denen der jetzt geltende rechtliche Rahmen bereits eine radikaldemokratische Verfasstheit ermöglicht.

Innerhalb einer radikaldemokratisch verfassten Vereinigung mit einer gemeinsamen Verwaltungsstruktur, sind Unterschiede im Regelwerk kein Problem, solange sie den gemeinsamen Grundkonsens für einen radikaldemokratischen Zweck nicht verlassen.

Parteien die heute noch durch Gesetze in ihrer Verfasstheit

beschränkt sind, können innerparteilich nicht vollständig radikaldemokratische Verhältnisse herstellen, da eine zentralistische Machtstruktur vorgeschrieben ist, bei der die Führungsgremien die vorrangige Macht inne haben und parlamentarische Vertreter losgelöst von Parteiprogrammen über Verfassungs- und Gesetzesfragen entscheiden können. Die Mitglieder und Wähler von Parteien, sind auf die politische Zuverlässigkeit ihrer Abgeordneten angewiesen, die sie mit von ihnen entbundenen Mandat in Parlamenten wie deren Vormünder vertreten müssen.

Für einen legitimen und friedlichen Übergang zu einer radikaldemokratischen Gesellschaft, sollten sich Radikaldemokraten auch in Parteien engagieren, dort radikaldemokratische Kräfte stärken, Bündnisse zwischen verschiedenen Parteigängern anbahnen und Übergänge zu einer humanistischen Gesellschaft durch Mehrheitsentscheidungen in den Parlamenten anstreben.

Der Beginn eines radikaldemokratischen Staatswesens liegt nicht darin als erstes radikaldemokratische Gesetze zu verfassen, sondern durch das Streben nach solchen, erst ein Staatsvolk zu versammeln. Heute bezeichnet man die Bevölkerung, welche bei der Gesetzgebung „vertreten“ wird als Volksmasse, die maximal Massenorganisationen haben, die wiederum nur „Vertreter“ wählen dürfen, aber selbst keinen Zugang zur gesetzgebenden Macht und zur Kontrolle der Staatsgewalten erhalten.

Massenorganisationen sind mit einer Hierarchie populistischer Führern ausgestattet, die eine Masse von Menschen grundsätzlich von denen unabhängig „vertreten“ sollen, aber in einer solchen Verfasstheit kein Gemeinwesen von Gleichen unter Gleichen sein können.

Natürlich sind unorganisierte, oder durch Vertreter rntmündigte Volksmassen nicht dazu in der Lage eine radikaldemokratische Gesetzgebung zu konstituieren, weil ihnen die auf einen radikaldemokratischen Zweck vereinigten Staatsbürger als souveräne Gesetzgeber fehlen. Solch angehende Staatsbürger können nur aus dem Zusammenschluss bereits radikaldemokratisch verfasster Vereinigungen hervorgehen, die sich auf eine radikaldemokratische Verfassung einigen könnten.

**1.3. Die zweckmäßige Größe von radikaldemokratischen Basisgruppen, als Grundlage für ein späteres Staatsgebilde unter der selben Verfassung, sollte aus wissenschaftlicher Sicht 150 Personen nicht überschreiten, da Menschen ab dieser Personenanzahl in der Regel den Überblick verlieren.** Das bedeutet, dass sich die Staatsbürger einer radikaldemokratischen Basisvereinigung untereinander bekannt und vertraut sein sollten.

Die Organisation von Basisvereinigungen unter einen sie einenden Zweck ist wichtiger, als die Größe welche sie darstellen. Darüber hinaus ist es besser mit Verträgen zu arbeiten und Föderationen zu bilden.

Die genaue Größe einer radikaldemokratischen Vereinigung ist ihr natürlich immer selbst überlassen. Differierende Größen und Strukturen von radikaldemokratischen Vereinigungen sind kein Hindernis für die Organisation eines radikaldemokratischen Staatswesens, wenn nur irgend eine praktikable und allseits akzeptierte Form der Kooperation gefunden ist.

**1.4. Alle öffentlichen Abstimmungen der Mitglieder eines radikaldemokratischen Staatswesens müssen so vorbereitet und dokumentiert werden, dass die Teilnahme aller betreffenden Staatsbürger sachkundig möglich ist und alle**

**Beteiligten nachvollziehen können, wer wie abgestimmt hat.** Dadurch sind viele Manipulationsmöglichkeiten bei einer Abstimmung bereits ausgeschlossen. Wie der Kauf von Stimmen durch soziale Ungleichheit verhindert wird, darauf gehe ich unter dem Punkt des modernen Besitzrechtssystems ein.

Die Verbindlichkeiten mit denen wir uns an ein radikaldemokratisches Staatswesen binden, sind nur deswegen verpflichtend, weil sie gegenseitig sind und im Wesen von der Art, dass man bei ihrer Erfüllung nicht nur für andere arbeitet, sondern immer auch für sich selbst. Da kein Mensch von Natur aus ein Recht besitzt, über andere Menschen zu herrschen und überlegene Stärke kein Recht hervorbringt sondern ein Unterdrückungsverhältnis, bleiben uns also nur freie Übereinkünfte als Grundlage rechtmäßiger Verhältnisses. Dabei kann jeder Mensch nur selbst für sich entscheiden und für keinen anderen. Wer seine Souveränität an Vertreter abgibt, kann das ebenfalls nur für sich selbst tun und nicht für andere Menschen.

**1.5. Verträge eines radikaldemokratischen Staatswesens müssen zu jeder Zeit neu verhandelbar sein.** Ein Gesellschaftsvertrag zwischen radikaldemokratischen Staatsbürgern beruht immer auf der freiwilligen Teilnahme an diesem. Die Teilnahme an einem radikaldemokratischen Staatswesen, macht jedes Individuum zum Teil eines sehr flexiblen Gemeinwesens, dass zu jeder Zeit auf Veränderungen und Probleme reagieren kann. Die Macht souveräner Staatsbürger erwächst aus der Fähigkeit, sich handelnd mit anderen Staatsbürgern zu einem Staatsvolk zusammen zu schließen. Ein solches Staatsvolk herrscht über die von ihm eingesetzten Staatsgewalten, aber ist mit diesen nicht identisch. Die Staatsgewalten werden in einem radikaldemokratischen Staatswesen dadurch geteilt, dass ihre wichtigsten Funktionsträger direkt von den jeweiligen Staatsbürgern mit einem imperativen Mandat gewählt sind. Dadurch wird verhindert, dass Funktionäre der Staatsgewalten ein ihnen nicht zukommendes Gewaltpotential anhäufen und eine zentralistische Diktatur errichten.

## 2. Die Macht der Staatsbürger in einem radikaldemokratischen Staat

**2.1. Die Macht der Gesetzgebung durch die Vollversammlung aller Versammlungen der Staatsbürger, lehnt jedes Vertretungssystem bei der Abstimmung über Verfassungs- und Gesetzesfragen ab.** Diese Macht ist auch auf keine andere Institution übertragbar.

Gesetze sind in einer Radikaldemokratie dadurch gekennzeichnet, dass sie nie einzelne Menschen als Gegenstand haben, sondern immer die sozialpolitischen Interessen aller Bürger berücksichtigen. Privilegierte Ausnahmen können nicht zugelassen werden, weil dadurch ein Gemeinwesen sofort in ungleiche und private Einzelinteressen zerfällt.

Weil in einer Volksherrschaft alle Staatsbürger an der Gesetzgebung beteiligt sind, ist deren gerechte Gestaltung und Anerkennung gesichert. Minderheiten müssen die Möglichkeit besitzen, eigene Regelungen mit der Mehrheit zu vereinbaren.

Alle anderen Anordnungen, die von den eingesetzten Mandatsträgern des Staatsvolkes erlassen werden, um die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen zu können, sind keine Gesetze und gelten nur so lange, wie ein Staatsvolk diese akzeptiert und nicht

als souveräner Gesetzgeber eingreift.

**2.2. Die Staatsbürger unterscheiden sich von Bürgern dadurch, dass sie sich aktiv einer Basisgruppe von Staatsbürgern anschließen und bereit sind, Aufgaben im Staatsdienst zu übernehmen.** Sie besitzen alle das aktive Wahlrecht und das Initiativrecht bei der Gesetzgebung. Staatsbürger entrichten freiwillig einen von ihnen selbst bestimmten materiellen Beitrag an das Gemeinwesen in Form von Arbeit, oder Produkten und erhalten dafür alles von diesem Gemeinwesen, was es zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zur Verfügung stellen kann.

Staatsbürger übernehmen freiwillig ehrenamtliche und hauptamtliche Aufgaben im Staatsdienst und beteiligen sich zusätzlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Landesverteidigung. Zum Staatsbürger wird man nur dadurch, dass man in einer Vollversammlung einer Basisgruppe von Staatsbürgern als solcher aufgenommen wird.

**2.3. In einem radikaldemokratischen Staat sind Bürger freiwillige Mitglieder und dort als solcher registriert, wenn sie einen selbst bestimmten materiellen Beitrag in Form von Arbeit oder Produkten an das Gemeinwesen entrichtet, aber nicht die Pflichten eines Staatsbürgers erfüllen möchten, oder aus objektiven Gründen nicht erfüllen können.** Deshalb dürfen Bürger nur mit beratender Stimme an den Versammlungen der Staatsbürger teilnehmen. Sie genießen alle von den Staatsbürgern definierten Bürgerrechte ihres Gemeinwesens.

**2.4. Gäste halten sich nur für einen begrenzten Zeitraum im Hoheitsgebiet eines radikaldemokratischen Staates auf.** Ihnen werden alle Menschenrechte und das Gastrecht gewährt, solange sie dieses nicht missbrauchen. Durch ihren Zugang zu den Versammlungen radikaldemokratischer Vereinigungen, haben sie die Gelegenheit diese kennen zu lernen, sie zu kritisieren, oder sich anzuschließen. Natürlich können Gäste auch die Gelegenheit nutzen, um für die Lösung ihrer Probleme Unterstützung zu erhalten, oder Kooperationsverträge auszuhandeln. Für die Befriedigung der Bedürfnisse eines Gastes ist nicht das Gemeinwesen als Gesamtheit zuständig, sondern der jeweilige Gastgeber.

**2.5. Noch nicht, oder nicht mehr mündige Bürger, werden nach den Regeln versorgt, die von den Staatsbürgern beschlossen werden.** Nur klare rechtliche Regeln schützen jeden Menschen vor Willkür.

\* Körperlich erwachsene Jugendliche können erst dann die vollen Staatsbürgerrechte erhalten, wenn sie eine von den Staatsbürgern definierte Reifeprüfung bestehen und sich aktiv am Staatsdienst beteiligen möchten. Dazu ist eine solide Allgemeinbildung nötig, sowie ein Verständnis der Gesetzestexte des jeweiligen Staatsvolkes, deren Inhalt sie mit eigenen Worten wiedergeben können.

\* In ähnlicher Weise muss diese Regelung für alle Staatsbürger gelten, die diese Bedingungen aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr erfüllen können.

\* Staatsbürgerrechte können auch nicht an Menschen vergeben werden, dessen geistiger Zustand nachweislich beeinträchtigt ist.

\* Wer wegen Gewalttaten gegen seine Mitmenschen aufgefallen ist und keine Bereitschaft zur Einhaltung der Gesetze zeigt, kann ebenfalls nicht die vollen Staatsbürgerrechte erhalten.

\* An dieser Stelle kann nicht auf alle Eventualitäten eingegangen

werden, mit denen die jeweiligen Basisgruppen der Staatsbürger vielleicht konfrontiert werden.

**2.6. Regelmäßige Versammlungen der Staatsbürger in ihren Basisgruppen sind notwendig, um über Mandate zu entscheiden und deren Erfüllung zu kontrollieren.** Durch die regelmäßigen Versammlungen der Staatsbürger, die auch über das Regelwerk und alle Anordnungen der Staatsgewalten immer endgültig entscheiden, üben sie ihre souveräne Staatsmacht über alle Strukturen der Staatsgewalten aus. Den zeitlichen Rhythmus der regelmäßigen Versammlungen der Staatsbürger sollten sie so festlegen, das keine besondere Einberufung von lokalen Volksversammlungen zur Beratung über die Gesetzgebung und von Nöten ist. Der Rhythmus ihrer Versammlungen muss sich am Zustand der Staatsgeschäfte und seiner Verwaltung orientieren und die Zügel mehr oder weniger fest in der Hand behalten, damit die Lösung aller Probleme gewährleistet bleibt.

Bei den Zusammenkünfte eines Staatsvolkes in seinen lokalen Basisstrukturen, kümmern sie sich neben Personalfragen für die Mandatsträger in den Staatsgewalten, um alle Änderungsanträge für Verfassung und Gesetze.

Die Staatsgewalten dürfen über die Versammlungen des Staatsvolkes keinerlei Befugnisse haben. In einem radikaldemokratischen Staatswesen ist die jeweils zuständige Vollversammlung der Staatsbürger die oberste Staatsmacht und das oberste Gericht. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich für ein Staatsvolk, zwischen den Versammlungen eine Geschäftsführung und Ausschüsse zu wählen, welche nach den Versammlungen gegenüber den Staatsgewalten als Kontrollinstanz auftreten und die nächsten Versammlungen vorbereiten.

**2.7. Ein radikaldemokratisch verfasstes Staatsvolk kann nicht seine legislative Macht, sondern nur seine Staatsgewalt an streng begrenzte Mandatsträger übertragen, die voneinander unabhängig und dadurch geteilt agieren.** Entwickelt eine dieser Staatsgewalten und seine Mandatsträger ein gegenüber dem Souverän unangemessenes Eigenleben, missachtet die Entscheidungen der Versammlungen von Staatsbürgern, so muss ein souveränes Staatsvolk zu jeder Zeit in der Lage sein, Fehlentwicklungen durch seine vereinte Staatsmacht zu korrigieren.

In einem radikaldemokratischen Staatswesen haben die Staatsgewalten wie Exekutive, Judikative und Mediative (staatliche Medien) die Aufgabe, die Staatsgeschäfte des jeweiligen Staatsvolkes im Rahmen der Verfassung und der Gesetze zu führen und zu verwalten. Die Verfassung und Gesetze müssen so formuliert sein, dass sie in ihrer Eindeutigkeit nicht von den Staatsgewalten interpretiert, oder ausgelegt werden können.

### 3. Die exekutive Staatsgewalt in einem radikaldemokratischen Staat

**3.1. Das Führungspersonal der exekutiven Staatsgewalt mit besonderen Fähigkeiten, wird in einer Radikaldemokratie durch die jeweilige Vollversammlung der Staatsbürger gewählt, kontrolliert und bei Bedarf sofort ersetzt.** Dadurch ist die Exekutive direkt von der jeweiligen Vollversammlung der Staatsbürger abhängig. Diese Funktionsträger müssen mit klar definierten Vollmachten ausgestattet sein, damit die Staatsbürger bei Fehlentwicklungen

sofort einschreiten können. Die Mandatsträger der Exekutive müssen die Möglichkeit haben für die Erfüllung ihrer Aufgaben, weitere Staatsbürger in die exekutive zu berufen und diese Berufenen bei nächster Gelegenheit durch eine Abstimmung der zuständigen Staatsbürger bestätigen zu lassen.

**3.2. Die Exekutive organisiert die gemeinnützige Arbeit aller Mitglieder entsprechend ihrer Fähigkeiten und die Versorgung diese nach dessen Bedürfnissen.** Die Versorgung hängt von der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Gemeinwesens und den Bedürfnissen der Staatsbürger ab.

**3.3. Die exekutive Staatsgewalt organisiert in einem radikaldemokratischen Staat auch die übrige Verwaltung, die öffentliche Sicherheit und die Landesverteidigung.** Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann sie alle Staatsbürger zu freiwilligen Diensten berufen, dessen Berufungen immer bei der nächsten Gelegenheit von der zuständigen Vollversammlung der Staatsbürger bestätigt werden muss.

### 4. Die judikative Staatsgewalt in einem Radikaldemokratischen Staat

**4.1. Das Führungspersonal der judikativen Staatsgewalt mit besonderen Fähigkeiten, wie Richter und Schöffen, werden in einer Radikaldemokratie durch die jeweilige Vollversammlung der Staatsbürger gewählt, kontrolliert und bei Bedarf sofort ersetzt.** Dadurch ist auch die Judikative direkt von der jeweiligen Vollversammlung der Staatsbürger abhängig. Diese Funktionsträger müssen mit klar definierten Vollmachten ausgestattet sein, damit die Staatsbürger bei Fehlentwicklungen sofort einschreiten können. Die Mandatsträger der Judikative müssen die Möglichkeit haben für die Erfüllung ihrer Aufgaben, weitere Staatsbürger in die Judikative als Ermittler, Sekretäre usw. zu berufen. Diese Berufenen müssen bei nächster Gelegenheit durch die Vollversammlung der zuständigen Staatsbürger bestätigen werden..

**4.2. Jeder Staatsbürger kann als Ankläger im Sinne der Staatsanwaltschaft auftreten, wenn er dazu von einer Vollversammlung von Staatsbürgern ein Mandat erhalten hat.** Darüber hinaus kann jeder Staatsbürger, Bürger oder Gast vor einem Gericht als Privatperson eine Klage oder Beschwerde einreichen. Jeder Angeklagte kann sich vor Gericht selbst verteidigen, oder Verteidiger mit einem Mandat versehen.

**4.3. Ein legitimes Rechtssystem steht auf der freiwilligen Teilnahme aller seiner Mitglieder und nicht auf der Gewalt des Staates, was nie ein Rechtssystem, sondern immer eine Tyrannei bedeutet.** Darum ist Gewaltanwendung zwischen Staatsbürgern des selben Staatsverbandes, mit dessen Würde unvereinbar und Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen werden ausschließlich auf der politischen Ebene, also auf der Ebene des Wortes ausgetragen. Deshalb sollte es bei der Rechtsprechung in einer Demokratie nicht um Bestrafung, sondern um Wiedergutmachung gehen. Wenn die Rechtsprechung vom betreffenden Staatsvolk legitimiert ist und auf diese Weise Recht gesprochen wird, hat niemand das Recht zur Gewaltanwendung gegen andere Staatsbürger.

**4.4. Wenn es um die Einhaltung der Verfassung und Gesetze von souveränen Staatsbürgern geht so gilt prinzipiell, dass verurteilte Gesetzesbrecher, sofort ihre Staatsbürgerrechte verliert.** Alles weitere entscheidet die zuständige Versammlung der Staatsbürger.

Wer die Gesetze seiner Gesellschaft verletzt, stellt sich dadurch selbst außerhalb der jeweiligen Gesellschaft. Wenn der Sachverhalt vom Beschuldigten bestritten wird, muss die jeweils gewählte Judikative erst ermitteln, anschließend mit allen Beteiligten verhandeln und erst dann urteilen.

Prinzipiell zielen Urteile in einer radikaldemokratischen Gesellschaft freier Menschen auf Wiedergutmachung und nicht auf Bestrafung. So kann ein Urteil zur Wiedergutmachung nur gelten, wenn es freiwillig angenommen wird. Bei Ablehnung scheidet der Betreffende aus dem jeweiligen Gemeinwesen aus.

Natürlich kann hier nicht auf Eventualitäten eingegangen werden, aber genau dies muss ein souveränes Staatsvolk zu jeder Zeit selbst präzisieren können.

**4. 5. Wer so schwere Schuld auf sich geladen hat wie zum Beispiel Mord, so dass die Schuld nicht wieder gut zu machen ist und es seinen Mitmenschen schwer fällt ihn mit dieser Schuld neben sich zu dulden, so könnten sie ihn zu einer Maßnahme verurteilen, deren Vollstreckung dem Schuldigen selbst überlassen bleibt, um keine Gewalt gegen ihn anwenden zu müssen.** Mit dem Begriff „Schierlingsbecher“ war in der antiken Demokratie eine Strafe bezeichnet, bei der dem Verurteilten ein Giftbecher überreicht wurde und es ihm selbst überlassen blieb, ob er seinen Tod herbeiführt.

**4.6. Urteile eines Gerichts, oder eines Berufungsgerichts, können nur von der betreffenden souveränen Versammlung der Staatsbürger abschließend verhandelt werden, welche das jeweilige judikative Organ eingesetzt hat.** In einem radikaldemokratischen Gemeinwesen darf Niemand anderes als die zuständige Vollversammlung der Staatsbürger über die Richter stehen, die von ihnen eingesetzt sind, weil diese ja nur zur Verwaltung ihrer Gesetze eingesetzt wurden.

## **5. Die mediative Staatsgewalt in einem radikaldemokratischen Staat**

**5.1. Das Führungspersonal der medialen Staatsgewalt (Mediative) mit besonderen Fähigkeiten, werden in einem radikaldemokratischen Staat durch die jeweilige Vollversammlung der Staatsbürger gewählt, kontrolliert und bei Bedarf sofort ersetzt.** Dadurch ist auch die Mediative direkt von der jeweiligen Vollversammlung der Staatsbürger abhängig. Diese Funktionsträger müssen mit klar definierten Vollmachten ausgestattet sein, damit die Staatsbürger bei Fehlentwicklungen sofort einschreiten können. Die Mandatsträger der Mediative müssen die Möglichkeit haben für die Erfüllung ihrer Aufgaben, weitere Redakteure und sonstige Mitarbeiter in die Redaktionen zu berufen. Diese Berufenen müssen bei nächster Gelegenheit durch die Vollversammlung der zuständigen Staatsbürger bestätigt werden..

**5.2. Ein souveränes Staatsvolk kann nur über Gesetze entscheiden, wenn ihm alle notwendigen Informationen zur Verfügung stehen.** Nur dann ist es den Staatsbürgern möglich Gesetze so zu verfassen, dass sie den Menschen wie sie sind

dienen und ihr Verhältnis zueinander in Freiheit regeln. Zensur darf es weder gegen staatliche Medien, noch in ihnen geben, damit alle Probleme und Themen in diesen Medien debattiert werden können. Darum müssen die staatlichen Medien allen staatsbürgerlichen Organen, sowie Staatsbürgern für Bekanntmachungen und Meinungsäußerungen zur Verfügung stehen.

Keine Staatsgewalt hat in einem radikaldemokratischen Staat das Recht, vor der Mediative der Staatsbürgern Geheimnisse zu haben. Dazu bestimmt die jeweilige Versammlung von Staatsbürgern seine Mandatsträger in der Mediative, denen keine Einsicht in irgend eine Unterlage der Staatsgewalten verwehrt werden darf.

In wie weit Informationen nur einem bestimmten Personenkreis, oder auch der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, bestimmt die jeweils zuständige Versammlung der Staatsbürger.

**5.3. Die staatlichen Medien müssen ein gesetzlich garantiertes Recht haben, die Unterlagen aller anderen Staatsgewalten im Interesse der jeweiligen Staatsbürger in Augenschein zu nehmen, bis alle eventuell aufgetretenen Unklarheiten aufgeklärt und alle offenen Fragen beantwortet sind.**

Das gilt in einem radikaldemokratischen Staat nicht für private Medien, auf die der Gesetzgeber keinen regulativen Einfluss ausübt, da alle privaten Angelegenheiten außerhalb staatlicher Regularien existieren. Die Herausgeber privater Medien müssen die Verfassung, die Gesetze und die privaten Rechte aller Mitglieder eines radikaldemokratischen Gemeinwesens beachten.

## **6. Das Besitzrechtssystem als ökonomische Basis eines radikaldemokratischen Staates**

**6.1. Die Beendigung des gewaltsamen Eigentumsrechts auf Ausbeutung fremder Arbeitskraft und dessen Ersetzung durch ein modernes Besitzrecht, hebt sofort die Teilung der Menschen in soziale Klassen auf.** Eine Gesellschaft mit einem modernen Besitzrechtssystem erhebt Steuern nicht in hauptsächlich in Form von Geld, sondern in Form von freiwilliger Arbeitsleistung, oder Produkten. Es ist nur unter den Bedingungen des Besitzrechts möglich, dass die sozialökonomischen Interessen einer Gemeinschaft so weit identisch sind, dass es nicht zu unlösbaren sozialen Konflikten kommt und Abstimmungen zu Verfassungsfragen zu einer weitgehenden Übereinstimmung gelangen können. Verlieren die Eigentümer das Recht auf Ausbeutung anderer Staatsbürger durch das Eigentumsrecht in der Verfassung, so muss der gesamte Staatsapparat ab diesem Zeitpunkt die Besitzer vor den Versuchen der Eigentumsnahme ihres Besitzes schützen und das Herrschaftsprivileg der Eigentümer, ist durch den staatlich gesicherten Besitzer aller Menschen beendet.

**6.2. Unter den Bedingungen des Eigentumsrechts, ist es nicht möglich einen wirklich demokratisch verfassten Staat zu errichten, weil die Staatsbürger dann nicht gemeinsame private Interessen haben und die Gesellschaft in unterschiedliche soziale Klassen, mit gegensätzlichen Interessen zerfällt.** Zwischen Individuen unterschiedlicher sozialer Klassen ist eine radikaldemokratische Gesetzgebung

nicht möglich, weil die arme Mehrheit die reiche Minderheiten bei jeder Gelegenheit überstimmen würde, aber die reichsten Staatsbürger mit Hilfe sozialer Abhängigkeiten Stimmen der ärmeren Staatsbürger kaufen könnten.

Eine Gesellschaft die auf dem Eigentumsrecht basiert, die in Berechtigte auf Herrschaft und in zu beherrschende Volksmassen zerfällt, haben deren Mitglieder nicht die selben Möglichkeiten an Zeit und Mittel, sich politisch zu betätigen und Bildung zu erlangen.

Da die durch Reichtum privilegierten Bürger mit Hilfe des Eigentumsrechts immer Mittel und Wege finden, dass die Anwendung der Gesetze einer Gesellschaft in Bezug auf ihre eigene Person, unter einem ganz anderen Gesichtspunkt angewendet, oder eben nicht angewendet werden, tendiert die Wirkung radikaldemokratischer Gesetze bei Beibehaltung des Rechts auf Eigentum als ökonomische Grundlage langfristig gegen Null. Bei der Fortexistenz des Eigentumsrechts, also des Rechts auf Ausbeutung, muss jede Volksherrschaft über kurz oder lang scheitern, da dass Eigentumsrecht den Staatsapparat immer dazu verpflichtet, den reichsten Eigentümern letztendlich das Recht zur Ausbeutung anderer Staatsbürger und Bürger mit den dem Mitteln der Staatsgewalten sicher zu stellen.

Wenn ein radikaldemokratisches Staatsvolk unter der Vorherrschaft des Eigentumsrechts verbleibt und mehr seine Ruhe als seine Freiheit liebt, zudem noch ängstlich gegenüber falschen Autoritäten ist und geizig mit seiner Zeit umgeht, dann haben die Anstrengungen von machthungrigen Großeigentümern ein leichtes Spiel. Bei der unaufhörlichen Tendenz der von Großeigentümern gekauften Funktionäre durch Ausreden und Versprechungen dem Volk seine Versammlungen zu verleiden, drängen sie die Macht eines radikaldemokratischen Staatsvolkes ganz allmählich zurück und versuchen sie einzuschläfern. Auf diese Weise kann sich kein radikaldemokratischer Staat erhalten.

**6.3. Wer Gewalt anwendet, um den Besitz anderer Menschen für sich als Eigentum zu rauben, ist unter den Bedingungen des Besitzrechtssystems ein Dieb.** Die Verteidigung eines privaten oder gemeinschaftlichen Besitzes, ist in einem radikaldemokratischen Besitzrechtssystem staatlich abgesichert.

Als Grundlage eines radikaldemokratischen Besitzrechtssystems bedarf es der gesetzlichen Verankerung folgender Voraussetzungen:

- \* Ein betreffender Besitz ist von Niemand andern vorher in Besitz genommen und liegt nicht brach.
- \* Man kann nur so viel Besitz beanspruchen, wie man als Einzelner oder in Gemeinschaft zur Befriedigung seiner Bedürfnisse benötigt und benutzt. Brachen sind kein Besitz.
- \* Besitz kann nicht durch eine leere Förmlichkeit zum Besitz erklärt werden, sondern nur durch Nutzung und Verbrauch.

**6.4. Jeder Mensch hat laut den Menschenrechten das Besitzrecht auf alles was er zu einem würdigen Leben braucht.**

Im Eigentumsrecht darf er sich nur auf sein privates Eigentum beschränken, soweit er welches hat und ist von der freien Nutzung fremden Eigentums, dass dieser eventuell selbst gar nicht benötigt, ausgeschlossen. Dies ist die Grundlage für Lohnsklaverei.

Frei verfügbarer Gemeinbesitz wird unter den Bedingungen des Eigentumsrechts systematisch und immer schneller von Privatpersonen erobert und unter deren Verfügungsgewalt gestellt, bis nichts mehr zur freien Verfügung bereit steht.

**6.5. Das Recht der ersten Besitzer** war in der Urgesellschaft der indigenen Völker nicht staatlich gegen die Eroberung durch Eigentümer geschützt und kann nach der Abschaffung des Eigentumsrechts nur durch das Besitzrechtssystem eines radikaldemokratisch verfassten Staates geschützt werden.

In einem radikaldemokratischen Gemeinwesen haben Staatsbürger und Bürger die Verfügungsgewalt über ihren privaten und gemeinschaftlichen Besitz, der von radikaldemokratischen Staatsgewalten gegen alle Angriffe verteidigt wird.

Wird ein Besitz nicht mehr vom ersten Besitzer oder den Besitzern genutzt und liegt brach, steht er entsprechend den staatlichen Regeln eines Besitzrechtstaates, zur neuen Besitznahme zur Verfügung. Auch Besitz sollte staatlich angezeigt und registriert werden, damit die Staatsgewalten wissen was und wen sie schützen sollen.

**6.6. Die Ausdehnung eines privaten oder gemeinschaftlichen Besitzes ist durch die Bedürfnisse und die objektiven Möglichkeiten der eigenen Nutzung und den Verbrauch begrenzt.** Da der Mensch ein soziales Wesen ist und fast alle Produkte in Gemeinschaft produziert, befindet sich praktisch die gesamte Produktion dieses Planeten im Besitz der Produzenten. Eigentümer spielen da meist nur eine parasitäre Rolle und haben die Produktion selbst gar nicht im Besitz der eigenen Hände. Es bedarf also keiner großen Umstellung der Organisation der bereits vergesellschafteten Produktion, sondern lediglich dessen Entbindung vom Ausbeutungsrecht der Eigentümer und Aufforderung an diese, sich selbst mit eigener Arbeit an der Besitznahme der Produktion zu beteiligen, oder sich anderweitig um ihre Bedürfnisbefriedigung zu kümmern, denn radikaldemokratisch organisierte Staatsbürger und Bürger stehen ihnen nicht mehr zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zur Verfügung.

**6.7. Erst das Besitzrecht garantiert, dass gemeinschaftlich erzeugte Produkte für die Befriedigung der Bedürfnisse eines Gemeinwesens verwendet werden und nicht für die Bedürfnisse einzelner Privatpersonen, um diese noch reicher und den Rest der Bevölkerung noch ärmer zu machen.** Ein radikaldemokratisch verfasstes Staatswesen welches durch freie Übereinkunft auf einem modernen Besitzrechtssystem fußt, in dem allen physisch und geistig ungleichen Menschen eine gesetzliche Gleichheit garantiert ist, kann nur mit Hilfe radikaldemokratisch verfasster Staatsgewalten garantiert werden.

## 7. Eine Föderation radikal-demokratischer Staaten

**7.1. Staaten die nicht radikaldemokratisch verfasst sind, sondern von Privatinteressen regiert werden, wollen in der Regel unter dem Vorwand des Krieges Beute machen, also den Besitz anderer Menschen für sich als Eigentum erbeuten und andere Menschen auch nach Beendigung der Kampfandlungen dauerhaft unterdrücken und ausbeuten.** Eroberungskriege haben alle das "Recht des Stärkeren" zur Grundlage und darum hat ein unterjochtes Staatsvolk gegen seinen Besatzer keine andere Verpflichtung, als ihm nur so lange zu gehorchen, wie es dazu gezwungen ist. So lange dies durch



Gewalt des Besatzers ausgeübte "Recht des Stärkeren" anhält, besteht der Kriegszustand zwischen ihnen fort.

**7.2. Alle radikaldemokratischen Staatswesen sollten sich gegen potentielle Angreifer auf föderalistischer Weise verbünden, um ihre Freiheit verteidigen zu können.** Dabei geht es gar nicht um den Einsatz eines militärischen Potenzials, sondern vor allem um die Abschreckung jedes Eroberungsversuches.

**7.3. Eine Ansammlung von lohnabhängigen Bürgern ist kein souveränes Staatsvolk im Sinne des Wortes, da sie sich nicht als Staatsvolk aus freien Stücken zusammengefunden haben und keinen eigenen radikaldemokratischen Staat errichtet haben.** Die Herrscher über unfreie Menschen sind immer Privatpersonen, die Menschenmassen letztendlich als ihre Untertanen, oder Humankapital betrachten. Auch wenn Machthaber die halbe Welt unterjochen, sie bleiben Privatmann und ihre Interessen, sobald diese von den Interessen der übrigen Menschen losgelöst sind, ein Privatinteresse. Erst wenn unterdrückte Menschenmassen anfangen sich zu versammeln, um ihre gesellschaftlichen Interessen zu formulieren und diese gesellschaftlichen Interessen den Privatinteressen von Herrschern entgegenstellen, entwickeln sie sich zu einem Staatsvolk mit eigener Exekutive, Judikative und Mediative (eigenen Medien).

**7.4. Radikaldemokratisch organisierte und dadurch souverän gewordene Staatsbürger, können sich in einer globalisierten Welt nur im Schulterschluss und mit anderen radikaldemokratisch organisierten Staatsbürgern behaupten, weil ihnen sonst sofort Angriffe von Seiten der Staatsgewalten der Eigentümer drohen.** Darum benötigen alle radikaldemokratischen Staatsbürger vielfältige Bündnisse mit allen anderen radikaldemokratisch organisierten Staatsbürgern.

**7.5. Radikaldemokratisch organisierte Staatsbürger sind notwendiger Wesie auf Kooperation und Bündnisse angewiesen und vermeiden aus Gründen der Effektivität Konkurrenzkampf.** Souveräne Staatsbürger haben die Kontrolle über das Gewaltpotential ihrer radikaldemokratisch verfassten Staaten und beseitigen damit auch die Grundlage für Eroberungskriege zur Bereicherung von Privatpersonen. Deswegen können sie mit der systematischen Umgestaltung der Streikkräfte zur reinen Verteidigung ihres Staates beginnen und die paritätische Abrüstung der gefährlichsten Angriffs- und Vernichtungswaffen einleiten, weil sie nicht mehr benötigt werden.

**7.6. Ein wichtiger Aspekt radikaldemokratischer Gesellschaften sind deren gewaltfreien und föderalen Beziehung zu anderen Staaten.** Der Föderalismus ist neben der Gewaltenteilung ein notwendiges Element, um die Entstehung jeder absolutistischen Zentralmacht den Boden zu entziehen. Dadurch können die untersten Strukturen einer eigenständigen und selbstverwalteten Gesellschaft ihre legitime Macht nicht verlieren. Was nicht Konsens ist, gilt für die jeweils ablehnenden Gemeinschaften nicht, denn anderen Falls wäre nicht legitimierte Gewalt im Spiel und dies führt zu berechtigtem Widerstand. Die Anwendung von Gewalt gegen ein sich selbständig konstituierendes Staatsvolk ist nicht legitim, sondern eine nicht legitime Gewaltherrschaft.

**J.M.Hackbarth**

..... Jungdemokraten / Junge Linke Hessen .....

## Radikaldemokratie- Broschüre



2003

## Was ist aus der radikal- demokratischen Jugend der FDP geworden?

Jungdemokraten / Junge Linke Hessen

Schloßstraße 46

60486 Frankfurt am Main

[info@jungdemokratenhessen.de](mailto:info@jungdemokratenhessen.de)

[www.jungdemokratenhessen.de](http://www.jungdemokratenhessen.de)

**Redaktion:** Markus Büchting, Gesa Heinbach,  
Stefanie Janczyk, Carmen Ludwig, Oliver Schulz

Satz: Gesa Heinbach

November 2003

*Die Redaktion dieser Zeitschrift versucht auch weiterhin mit allen radikaldemokratischen Autoren der damaligen Broschüre Kontakt auf zu nehmen, um uns mit ihnen über ihre radikaldemokratischen Positionen zu verständigen.*

***Gleichzeitig möchten wir uns mit den Texten der Broschüre auseinandersetzen und laden natürlich auch unsere Leser dazu ein, sich mit Beiträgen an der Debatte über die Positionen die in dieser Broschüre vertreten werden, zu beteiligen. Um die Debatte beginnen und dann systematisch fortsetzen zu können, werden wir den Inhalt der Broschüre immer abschnittsweise veröffentlichen.***

**(Fortsetzung aus Nr. 03/21)**

## 4. Ideologiekritik

Kritisieren ist das Alltagsgeschäft der Linken. Besonders gerne und häufig wird dabei eine „Ideologie“ kritisiert oder eine herrschende Meinung als „ideologisch“ enttarnt. Ideologie heißt eigentlich die Lehre von den Ideen, wird aber meist abwertend verwendet und unterstellt dann eine gewollte Verschleierung der Wahrheit zu bestimmten Zwecken. „Ideologiekritik“ ist ein Begriff, den Linke in Anschluss an Marx häufig verwenden, um Kritik an jenen Lehren zu üben, die den kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen dienen, sie stützen. Olaf bezieht sich gegen Ende seines - ziemlich anspruchsvollen - Textes auf diesen Begriff der Ideologiekritik und erklärt, warum Menschen nicht immer den Interessen folgen, die er (wiederum mit marxischer Terminologie) ihre „wahren“ Interessen nennt.

Aber es gibt auch Ideologiekritik, die sich an die Linke richtet - Schließlich gibt es auch dort so manche Ideologie. Damit setzt Markus sich in seinem Text zum Bilderverbot auseinander. Er bestreitet darin, dass man heute noch keine Aussagen über die angestrebte neue Gesellschaft machen könne und vertritt die Auffassung, dass Kritik allein nicht reicht, Gegenentwürfe nötig und auch durchaus denkbar sind.

### 4.1. Zwischen Utopismus und Bilderverbot

**Warum man sich nicht vor institutionellen Gegenentwürfen scheuen darf**

**von Markus Büchting**

#### Zusammenfassung

Dieser Artikel nennt einige Argumente, warum wir mit dem konstruktiven Bemühen um eine Alternative in die Puschen kommen sollten und uns hiervon nicht von den Bilderverbiestern abhalten lassen sollten.

#### Am Infostand

Wenn man mit Leuten über eine Kritik am Kapitalismus redet und dabei ist Boden zu gewinnen, gibt es eine argumentative Rückzugslinie: „Was stellst du dir den als Alternative vor?“, ist eine typische Frage. Und nicht immer will der Frager eigentlich auf eine (berechtigte) Polemik gegen ‚die Zone‘ und ihre Planwirtschaft hinaus.

Hiergegen wird nicht selten vom Diskussionspartner, der auf der Seite des Friedens und gesellschaftlichen Fortschritts

steht, mit einer Diskussionsverweigerung geantwortet. Es wird behauptet, es gäbe eine Reihe von Argumenten, die dafür sprächen, dass es theoretisch nicht möglich sei, hierzu etwas Sinnvolles zu sagen. Denjenigen, die sich dennoch darum bemühen, werden meist allerlei Dinge zugeschrieben, die politisch rechts konnotiert sind.

Nun, ich habe dies selbst mal vertreten, und da die größten Kritiker der Molche früher ebensolche waren, möchte ich hier die wichtigsten Argumente zusammentragen. Zunächst werde ich mir die Argumente anschauen, bevor ich ein bisschen über die tatsächlichen Gründe spekuliere. Abschließend mache ich einen Vorschlag.

#### Kritik und Politik

Was hier nicht bestritten werden soll, ist, dass Kritik an einer Position, ohne selbst eine ausgearbeitete Alternative angeben zu können, häufig berechtigt ist. Denn Kritik muss nicht positiv sein. Das ist selbstverständlich, denn mit Kritik meine ich in diesem Zusammenhang nichts weiter als eine Analyse auf Grund einer normativen Position. Was für Kritik richtig ist, gilt jedoch nicht in jedem Fall für Politik, denn diese muss häufig positiv sein (manchmal allerdings reicht es aus, etwas nur abzuschaftern; dann handelt es sich aber meist um sehr ‚lokale‘ Veränderung). Ein Makrophänomen wie die Organisation einer Ökonomie ist aber keine ‚lokale‘ Veränderung, die ohne Angaben von anderen möglichen Organisationsformen ernsthaft diskutiert werden sollte. Was sollte die Abschaffung des Kapitalismus denn bedeuten? Zurück zu feudalen Zuständen oder denen von Sklavenhaltergesellschaften will sicher niemand. Die Beschreibung des zu erstrebenden Zustandes bleibt höchst nebulös. Wir erfahren etwa, dass es sich um eine freie Assoziation freier Produzenten handeln wird. Oder, dass durch die Abschaffung der Politik die Menschen frei werden, durch die Abschaffung des Mangels, fast möchte man sagen die Abschaffung der Ökonomie, werden sie von wirtschaftlichen Zwängen befreit. Es wird also eine Welt ohne Not, Mangel, Mühe und Arbeit, das Reich der Freiheit und nicht das der Notwendigkeit sein. Die beschriebenen paradiesischen Zustände sind höchst unplausibel, falls man nicht auf den kirchlichen, argumentativen Kniff, die körperlose Wiedergeburt als notwendige Bedingung dieser geänderten Verhältnisse, verfällt. Nicht, dass ich etwa der Meinung sei, dass bspw. die heutigen Hungerkatastrophen, dass Obdachlosigkeit, Kinderarbeit usw. von Natur aus da wären und unabänderlich seien. Allerdings verspüre ich große Lust, Heilsversprechen kritisch zu prüfen. Ein bisschen zu nah ist mir das Ganze nämlich am Reich Gottes.

Diese kritische Prüfung erweist sich allerdings als ziemlich knifflig. Da die Vorstellungen von einer sympathischen Gesellschaft (O. Miemiec) einem strengen Bilderverbot unterliegen.

#### Mehrere Fassungen des Bilderverbots und deren Schwächen

Ich gebe diesem argumentativen Zug, der gegen eine konstruktive Arbeit an alternativen Konzepten zum Bestehenden vorgebracht wird, nicht versehentlich diesen religiös konnotierten Namen. Manchmal jedenfalls hat das politische Bilderverbot die gleiche Funktion: Es soll eine Vermenschlichung der Sozialismus (bzw. Radikaldemokratie) 2003 Gottes ) Vorstellungen

verhindern, sie der Kritik entziehen und somit die Hegemonie einer bestimmten Lehre absichern. Bevor mich die Leserin für diese freche Behauptung allzu sehr tadelt, möge sie sich die Argumente ansehen, die für das Bilderverbot sprechen.

### **1. Das epistemische Argument (von der Unerkennbarkeit Gottes).**

Es besagt, dass eine Erkenntnis über einen Zustand nach einer sozialistischen Revolution nicht möglich sei ( Ich bin mir bewusst, dass es sich hierbei um einen missverständlichen Terminus handelt. Meiner Ansicht nach sollten wir bei ihm nicht denken an ein Meer von roten Fahnen, nicht an die revoltierende, Barrikaden bauende und um sich schießende Arbeiterklasse. Vielmehr an einen Begriff der geschichtswissenschaftlichen Analyse, den irgendwann Historiker (hoffentlich) postum auf einen bestimmten Bruch im Institutionengefüge anwenden.). Sich also Institutionen auszumalen, sei nicht nur eitle Spekulation, sondern, erkenntnistheoretisch betrachtet, schlicht Unfug.

Zunächst ist zu fragen, was überhaupt für dieses Argument spricht? Nun eine schwache Lesart kann man stark machen, indem man einer MARXschen Argumentation folgt, dass nämlich nur die Dinge jenseits von Hirngespinnsten ersonnen werden können, die aufgrund der Produktivkraftentwicklung überhaupt realisierbar sind. Alles andere ist eben Science Fiction. Folgt man dieser schwachen und sehr plausiblen Lesart, so ergibt sich für die Bilderverbieter jetzt eine argumentative Zwickmühle: Entweder sind die Produktivkräfte soweit entwickelt, dass ein Übergang zu einer sympathischen Gesellschaft möglich ist. Dann ist aber auch ein Ausmalen der Institutionen möglich. Oder, falls dies nicht der Fall ist, zerbröckelt der nicht folgenlose Teil der Kritik am Kapitalismus. So wenig wie der Neandertaler seinem Häuptling normativ gehaltvoll vorwerfen konnte, er sei für die Hungersnot des Stammes verantwortlich, schließlich hätte er nur die Agrochemie des ausgehenden 20. Jhd. n.Chr. gegen die Schädlinge einsetzen müssen, eben so wenig könnten wir eine mehr als immanente Kritik an den gegebenen Zuständen formulieren. (Wer sich den begrifflichen Hintergrund viel schöner herausgearbeitet zu Gemüte führen mag, schaue in Raymond GEUSS: Die Idee einer kritischen Theorie. Königsstein/Ts. 1983. S. 24 ff. insbes. S. 27 f.) D.h. entweder gilt das Bilderverbot nicht oder der Sozialismus ist auf dem gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte ein Hirngespinnst.

Für eine stärkere Lesart des Unerkennbarkeitsarguments, dass es also der Übergang der menschlichen Vernunft unmöglich macht, vorausschauend und vernünftig tätig zu sein, gibt es keine erkenntnistheoretischen Argumente. Darüber hinaus würde es uns in eine weitere Zwickmühle führen: Wie sollen wir Handeln ohne vernünftiger Anleitung?

Eine solch stärkere Lesart des Unerkennbarkeitsarguments ist die des totalen gesellschaftlichen Verblendungszusammenhangs (tgV). Diese besagt, man kann den Zustand der existierenden Gesellschaft schlicht gar nicht durchschauen, weil wir, als Mitglieder derselben, uns nicht außerhalb der Gesellschaft stellen können und nicht hinter ihre ideologischen Kulissen gucken können. Ich schenke mir hier eine genaue Rekonstruktion des Arguments. Das fällt auch einigermaßen schwer, denn es gibt schlicht keine rationale Rekonstruktion dieses Arguments. Und zwar weil es sich bei jeder Beschreibung eines Verblendungszusammenhangs um ein Begriffsschema handelt. Die sind

allerdings notwendiger Weise ineinander übersetzbar. Also ist ein tgV begrifflich unmöglich. (Wer das nicht geglaubt, möge sich durch die Lektüre von Donald DAWIDSON: Was ist eigentlich ein Begriffsschema? (in: derselbe: Wahrheit und Interpretation. Frankfurt am Main 1990, Seite 261 282.) überzeugen. Platzmäßig kann ich das hier leider nicht rekonstruieren.) Oder es soll die Banalität erzählt werden, dass wir nicht durch das Auge Gottes schauen können, also keinen allwissenden Standpunkt einnehmen können. Daraus folgt aber nicht, dass wir nicht jeden spezifischen Zusammenhang erkennen können.

### **2. Das pragmatisch strategische Argument (das Götzenbilderverbot).**

Es besagt, dass, falls man sich einen Endzustand einer sozialistischen Gesellschaft ausmalt, die um Befreiung Kämpfenden einen Hang haben, diese Vorstellung zu dogmatisieren und an ihr fest zu halten. Manchmal wird das auch so formuliert: Wer mit solchen Alternativen arbeitet, beginge eine falsche Konkretion wo Abstraktheit nötig sei. Allerdings schöpft das Götzenbilderverbot seinen argumentativen Schwung aus dem Unerkennbarkeitsargument. Denn warum sollten Teile einer Emanzipationsbewegung, nachdem sie gute Gründe gehört haben, Institutionen anders als bisher gedacht zu konstruieren, dies nicht künftig tun? Nur falls es allerdings gar nicht erkennbar ist, kann es auch keine guten Gründe geben, der Dogmatismus wäre also akut zu befürchten. Wäre das Argument schwächer gemeint, so würde hier eine Gefahr aufgezeigt, der man problemlos begegnen könnte, die aber kein grundsätzliches Argument für das Götzenbilderverbot liefert.

Ein zweiter Aspekt dieses Arguments bezieht ebenfalls seinen Esprit aus dem Unerkennbarkeitsargument. Es ist der latente Vorwurf des Utopismus. Damit ist das Folgende gemeint: Derjenige, der sich etwas über einen noch nicht bestehenden gesellschaftlichen Zustand ausdenkt, neige dazu, das Realitätsprinzip zu vernachlässigen und sich unmögliche Vorstellungen zu machen (in der linken Tradition ist mit unmöglich häufig unwissenschaftlich gemeint) und dann für sie zu streiten. Der Unterschied zum Dogmatismusvorwurf ist einer der Betonung. Setzt der Dogmatismusvorwurf voraus, dass die Vorstellungen irgendwie falsch sind, ohne näher zu qualifizieren warum, so gibt der Utopismusvorwurf hierfür eine konkrete Gefahr an: Eben die überzogenen und unrealistischen Zielvorstellungen, die in keiner möglichen Welt eingeholt werden können.

### **3. Das Komplexitätsargument (von der undurchschaubaren Größe Gottes).**

Dieses Argument wird in der Linken nur in einer bestimmten Fassung vorgetragen. Allerdings bringt auch dieses die Bilderverbieter in Teufels Küche. Es geht davon aus, dass wir nur sehr begrenzt vorausschauend und planend sozialistische Institutionen erwägen können. Diese werden spontan in der Praxis des Kampfes gegen den Kapitalismus und während des Aufbaus des Sozialismus entwickelt. Hier ist nicht der Einzelne tätig sondern ein vorher nicht planbares anarchistisches und chaotisches Kollektiv, das gewissermaßen unvorhersehbare Schöpfungsakte aus sich heraus vollzieht. Oh, christliches Abendland, wie fest steckst du in den Köpfen der Kleinbürger.

Wie man bisher sehen konnte, überzeugen die Fassungen des Bilderverbots nicht recht. Die Bilderverbieter kämpfen nach eigener Auskunft sowohl gegen die ‚rechten Reformisten‘ wie gegen ‚die Utopisten‘. Ich glaube, dass zumindest das zweite falsch ist.

Oben habe ich frech behauptet, manchmal könne man den Eindruck erlangen, das Bilderverbot solle eine Vermenschlichung der Sozialismus bzw. Gottesvorstellungen verhindern. Es sichert gewissermaßen ab, dass diese Vorstellung das ganz Andere ist. Mit anderen Worten: Die Vorstellung vom Ort, der nirgends ist, die Utopie (Paradies). Im Grunde sind also Bilderverbieter eine bestimmte Sorte der Utopisten.

Um mal eine plausible Fassung der Priestertrugthese auf den Markt zu bringen. Manchmal kann man den Eindruck gewinnen, zu große Durchsichtigkeit von Argumenten ist gefährlich. Sie gefährdet die Stellung derjenigen, die an wichtiger Stelle mit undurchsichtigen Argumenten hantieren (bestimmte Sorte von Funkis/ der Klerus). Daher darf man gespannt sein auf die Nebelwerfer aus feinen Weihwassertröpfchen, die gegen diesen Text vorgebracht werden.

#### Reale Probleme

Wenn offensichtlich nichts für ein Bilderverbot spricht, so wäre es doch trotzdem absurd zu behaupten, mit der konstruktiven Arbeit - bspw. an alternativen Ökonomien - gäbe es keine Probleme. Doch sind sie nicht, wie die Bilderverbieter uns weismachen wollen, von prinzipieller Art sondern leicht verständlich und Auswirkungen des gegenwärtigen gesellschaftlichen Klimas.

1) Angesichts der Hegemonie der neoliberalen Ideologie gibt es wenige Räume, in denen sozialistische Vorstellungen praktisch sind. Warum das ein immenses Problem ist, möchte ich an einem Beispiel erläutern. Wir dürfen uns z.B. das Reden und Praktizieren über ein gesellschaftliches Ding wie Solidarität nicht so vorstellen, wie das über einen alltäglichen Gegenstand (z.B. einen Stein). Wird Solidarität nicht mehr ausgeübt, ist sie also nicht mehr in der Welt, dann verschwimmen die Vorstellungen davon. Ähnlich als wenn in unserer Welt auf einmal so etwas Selbstverständliches wie alle Steine weg wären. Irgendwann könnten Menschen dann daher kommen und den größten Mist über Steine erzählen. So wird es auf einmal möglich eine Maßnahme der Umverteilung einen „Solidaritätszuschlag“ zu nennen oder jemand kann erzählen, die über 65jährigen in der Gesellschaft sollten mit „den Jungen“ solidarisch sein und auf möglichst große Teile ihrer Rente verzichten.

2) Dieser Mangel an verwirklichten linken Vorstellungen geht einher mit einer Abwesenheit gesellschaftlicher Diskussion linker Konzepte, in der diese Konzepte sprachlich durchprobiert werden könnten. Was es statt dessen gibt, sind verstreute Diskussionszirkel, denen es aufgrund der mangelnden gesellschaftlichen Diskussion nicht gelingt, breit getragene Begriffsbildungen zu erzeugen, die hinreichend Substanz haben, um das unter 1) beschriebene Problem zu umgehen. Denn natürlich kann die Sprache der Gesellschaft voraus sein und Alternativen konstruieren.

In der Praxis führt dieser Punkt zu furchtbaren Missverständnissen, was solche Diskussionen oft auch

wirklich unerquicklich macht. Aber eines soll hier festgehalten werden: Wenn etwas Schwierigkeiten macht, ist das aber selbstverständlich kein prinzipielles Gegenargument, sich nicht trotzdem zu tun.

Damit habe ich nun gezeigt, dass es keine prinzipiellen Einwände gegen konstruierende Gegenentwürfe gibt. Mitnichten aber schon dargelegt, dass sie notwendig sind für unsere politische Arbeit. Dafür möchte ich jetzt argumentieren.

#### Schwäche zeigen statt Posen

Gerade die Stärke der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung macht Kritik schwierig, weil sie nach dem Untergang der RWG-Staaten als alternativlos erscheint. Da die linke Bewegung als Ganze (Gewerkschaften usw.) im Moment ziemlich defensiv da steht, bleibt uns keine andere Möglichkeit, als andere von unseren Argumenten zu überzeugen (die Kraft des Faktischen ist jedenfalls gerade keine Überzeugungsart, die uns zur Verfügung steht). Und es gibt angesichts der vielen strukturellen Probleme des Kapitalismus auch viele wirklich gute Gründe auf unserer Seite.

Mein Diskussionsstand der Debatte im Verband und außerhalb desselben zeigt mir ein ziemlich ernüchterndes Ergebnis über Konzepte einer alternativen Ökonomie, die ein Kernstück jeder Sozialismusvorstellung aufreißen. Ich möchte dies an einem Beispiel kurz verdeutlichen: dem Markt. Der Markt ist immer im Fokus der linken Kritik gewesen. Er reguliert die Produktion nicht so, dass die gewünschten Güter erzeugt werden, sondern nur diejenigen, die sich aus Sicht der Anbieter verkaufen lassen. Hat man einen Markt, hat man einen Kapitalmarkt. Der wiederum hat ebenfalls ziemliche (auch demokratische) Probleme. Und nicht zu vergessen: Markt bedeutet Konkurrenz zwischen den Anbietern. Das hat ebenfalls ziemlich viele unerwünschte Nebeneffekte - auf der individual- und kollektivpsychologischen Ebene usw.

Aber was soll eine Alternative sein? Eine Planungsbehörde etwa? Es gibt konzeptionell bislang keine befriedigende Antwort. Also haben wir bis auf weiteres nichts Besseres als den Markt. Anders als im Bereich der gesellschaftlichen und staatlichen Organisation (Radikaldemokratie) oder der internationalen Friedensordnung haben wir in der Ökonomie keine durchgearbeiteten Gesamtüberlegungen.

Was geschieht aber, wenn uns z.B. keine Institutionen einer sozialistischen Ökonomie einfallen? Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Eingangs erwähnte Gesprächssituation: „Wie stellst du dir denn die Alternative zum Kapitalismus vor?“ Was kann mein gegenüber billiger Weise verlangen? Sie kann verlangen, dass ich eine Skizze alternativer Institutionen aufzeige, die die Probleme des Kapitalismus nicht haben. Eine solche Skizze in der Diskussion durchfechten, heißt im Grunde eine Begründung geben, dass eine bessere Ökonomie möglich ist.

Wenn wir über eine solche Skizze nicht verfügen, sollten wir mit dem Posen aufhören und nicht weiter so tun, als wäre das alles kein Problem, denn wir haben dann ein Gewaltiges. Obwohl wir über eine gute Kritik am Kapitalismus verfügen, verfügen wir nicht über einen megageilen Gegenentwurf, sondern nur über kleine und große Veränderungsvorstellungen. Doch wissen wir sehr wohl, dass diese viele Grundprobleme nicht lösen. Das bedeutet aber, wir können gar nicht anders, als auf Reformismus als Strategie zu



setzen. Das muss kein Nachteil sein, denn es besteht ja sehr wohl die Hoffnung, dass, wenn der große Entwurf zu groß ist, wir durch viele kleine Schritte, die ein Problem nach dem anderen verabschieden, uns doch in die richtige Richtung bewegen können. Übrigens haben wir nun eine gewisse Nähe zum Komplexitätsargument hergestellt, allerdings ohne die spontanistische Attitüde.

Eine Reihe von Artikeln in dieser Broschüre beschreiben Radikaldemokratie als Prozess und als Zielzustand. Das verträgt sich wunderbar mit der hier stark gemachten Position. Man könnte vertreten: Weil wir noch einen Prozess vor uns haben, können wir heute eben nur Stückwerk sehen. Aber dann können wir auch nur Stückwerk zur Lösung anbieten und auch nicht mit falschen Versprechungen werben

## Vorbemerkung zu 4.2.:

Die Überschrift des folgenden Textes spielt auf einen berühmten Essay von Immanuel Kant mit dem Titel „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ an. Für Olaf heißt Aufklärung zu prüfen, ob soziale Herrschaft legitim ist, und sie gegebenenfalls zu kritisieren. Sein Text interessiert uns vor allem deswegen, weil er drei wichtige politische Grundbegriffe nämlich „Herrschaft“, „Legitimität“ und „Kritik“ nacheinander erläutert. Er erwähnt dabei die analytische Philosophie. Man braucht nicht zu wissen, was das ist um Olafs Text zu verstehen.

Der Text ist gedanklich ziemlich verdichtet. Daher ein wenig schwer zu lesen. An einigen Stellen wird bspw. auf die eigenen Aufzählungen verwiesen (z.B. „wenn (a) fehlt, muss auch (b) fehlen“). Wenn (a) und (b) nicht einfach zu verstehen waren kann das einen ganz schön in die Bredouille bringen. Wir schlagen allen Lesern, die solche Texte nicht gewohnt sind, vor, diesen Anschnitten Überschriften oder Kurzzusammenfassungen zu geben (dabei haben wir ein wenig geholfen) und sich diese rauszuschreiben. Dann fällt das Zusammensetzen im Kopf nicht so schwer. Und falls doch, so kommt man nicht drum herum die Kürze des Textes durch eigenes Aufschreiben oder -malen zu kompensieren. Übrigens fasst Kant Aufklärung als den „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“. Was das mit revolutionärer Praxis zu tun haben könnte, darüber kann man, wenn man möchte, am Ende des Aufsatzes grübeln.

verwendete Literatur: Immanuel Kant, Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Band 1, suhrkamp: Frankfurt/M. 1977

Karl Marx: Thesen über Feuerbach, in: MEW, Band 3 [MEW bedeutet: Marx, Engels: Werke] Raymond Geuss: Die Idee einer kritischen Theorie: Königstein/Ts., 1983

## 4.2. Was ist Aufklärung?

### von Olaf Miemiec

Diese Überlegungen unter dem hochtrabenden Titel „Was ist Aufklärung?“ stellen eine Interpretation eines Satzes aus der 3. Feuerbachthese von Marx dar. Marx nimmt dort gegen eine vulgäre und gleichsam elitäre Auffassung von Aufklärung Stellung. Unter „Aufklärung“ verstehe ich ein Denken, das

soziale Herrschaft hinsichtlich ihrer Legitimität befragt und gegebenenfalls kritisiert. Den Gepflogenheiten der analytischen Philosophie folgend, werde ich diesen Satz nun erläutern. Zu klären wäre daher die Bedeutung der Ausdrücke „soziale Herrschaft“, „Legitimität“ und „Kritik“.

### Der Herrschaftsbegriff

Die folgenden Überlegungen zum Herrschaftsbegriff sind entnommen aus R. Geuss: Die Idee einer kritischen Theorie (Geuss, S. 26-28). Geuss versucht keineswegs, den Begriff der Herrschaft anzugeben; was ihn vielmehr interessiert, ist ein zu Kritikzwecken geeigneter Herrschaftsbegriff.

A. „Herrschaft“ ist die Macht, Repression auszuüben, d.h. die Nichterfüllung der Ziele anderer (die Frustration menschlicher Präferenzen) zu erzwingen. Zwar bedeutet Herrschaft in der Tat, daß Präferenzen frustriert werden, aber diese Bestimmung ist vor allem hinsichtlich möglicher Kritikvorhaben nicht ausreichend präzise. Es sind sehr leicht Situationen anzugeben, in denen die Frustration von Präferenzen für uns vernünftig akzeptabel ist: Um bestimmte Bedürfnisse zu befriedigen, müssen die dafür nötigen Mittel eventuell produziert werden. Um diese Dinge produzieren zu können, müssen die Produzenten während der Produktion diejenigen Präferenzen, die den Erfolg der Produktion gefährden könnten, frustrieren. Damit ist Frustration von Präferenzen als solche kein Grund zur Kritik.

B. „Herrschaft“ ist Ausübung der Macht, menschliche Präferenzen zu frustrieren, wobei diese Macht innerhalb einer politischen Ordnung mit einem Anspruch auf Legitimität ausgeübt wird. Im folgenden sei von „normativer Repression“ dann die Rede, wenn die Frustration von Präferenzen der Gesellschaftsmitglieder unter einem Legitimationsanspruch steht, der von diesen vernünftig akzeptiert wird. Wenngleich hier bestimmte Typen der Frustration von Präferenzen als Fälle von Herrschaft ausgeschlossen werden (z.B. das Plündern irgendwelcher Gegenden durch einfallende und gleich darauf weiterziehende Horden), ist auch dieser Begriff der Herrschaft für Kritikzwecke ungeeignet. Wenn eine Herrschaftsform ihrer eigenen Legitimationsbasis tatsächlich entspricht, gibt es (vernünftigerweise) nichts zu kritisieren.

C. „Herrschaft“ ist Ungleichverteilung der Macht zur Ausübung normativer Repression. Aber auch hier ist es keineswegs selbstverständlich, dass das Bestehen von Herrschaft in dem hier intendierten Sinne bereits einen Grund zur Kritik darstellt. Marxisten beispielsweise sehen bei ungenügend entwickelten Produktivkräften keine Möglichkeit, eine bestehende Klassenherrschaft in dem Sinne zu kritisieren, daß ihre Legitimität erfolgreich in Frage gestellt werden könnte.

D. Eine für Gesellschaftskritik aussichtsreichere Begriffsbildung ist „überflüssige Repression“. „Überflüssige Repression“ bedeutet, dass den Gesellschaftsmitgliedern eine weit größere Frustration ihrer Präferenzen zugemutet wird, als dies zur Reproduktion der Gesellschaft notwendig ist. „Überflüssige Herrschaft“ hingegen ist eine Begriffsbildung, die sich auf einen Herrschaftsbegriff wie in C. bezieht. „Überflüssige Herrschaft“ bedeutet, dass den Gesellschaftsmitgliedern mehr Herrschaft zugemutet wird, als

zur Reproduktion der Gesellschaft erforderlich ist. Wenn wir wissen wollen, ob überflüssige Repression oder überflüssige Herrschaft als solche ein Grund zur Kritik sind, müssen wir wissen, ob es eine legitime überflüssige Repression oder legitime überflüssige Herrschaft geben kann. Dazu scheint es nötig, den Begriff der Legitimität zu erläutern.

### **Der Legitimitätsbegriff**

Die folgende Analyse des Legitimitätsbegriffs zeigt eine gewisse ökonomische Verengung: Es geht um eine Interpretation der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die einem marxistischen Verständnis derselben allerdings widerstreiten dürfte.

Zunächst einmal, so scheint mir, gibt es zwei klare Situationen hinsichtlich der Legitimierbarkeit von Repression:

**1. Vernünftige Gesellschaft:** Gegeben sei eine Gesellschaftsform, in der jede Repression nur durch die Herstellung der Mittel zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse (sowohl der primär menschlichen wie auch der abgeleiteten Bedürfnisse) erzwungen wird. Diese Repression ist vernünftig legitimierbar. Es sollte darauf hingewiesen werden, dass auch diese Produktionsweise ein Mehrprodukt realisieren kann; nun aber nicht, um eine bestimmte Klasse von Nichtarbeitern damit auszuhalten, sondern als Freiheitsbedingung für eine selbstbestimmte Lebensführung jenseits der Sphäre materieller Reproduktion der Gesellschaft (Mehrprodukt bedeutet nur erweiterte Produktion hinsichtlich einfacher materieller Reproduktion der Gesellschaft).

**2. Klassengesellschaft:** Gegeben sei eine Gesellschaftsform, in der die gesellschaftliche Arbeit nicht (nur) mit dem Zweck stattfindet, die Bedürfnisse der Gesellschaftsmitglieder zu befriedigen, sondern (vor allem) für eine bestimmte Klasse ein Mehrprodukt zu produzieren, welches diese sich aneignet. Wenn:

(a) die mit dieser Gesellschaftsform gegebene technische Basis Produktivkräfte ermöglichen würde (z.B. geeignete Kooperationsformen), die weniger Repression für die unmittelbar Produzierenden bedeuten würden (und zwar nur soviel Repression, wie unter 1. als notwendige Repression bezeichnet wurde) [Potential für freie Gesellschaft],

(b) diese Produktivkräfte bereits konkret möglich wären, d.h. als konkrete Alternative zur Verfügung stünden, durch die Produktionsverhältnisse aber in ihrer Ausbildung verhindert würden [tatsächliche Möglichkeit der freien Gesellschaft],

(c) schließlich eine Mehrheit der von der Repression betroffenen Subjekte die Situation so einschätzt, dass sie (a) und (b) zustimmen können [Mehrheit für freie Gesellschaft], so wird den Verhältnissen aufgrund des Erfüllenseins dieser drei Bedingungen die Legitimation entzogen. Dies gilt freilich nur unter der generellen Prämisse, dass die Gesellschaftsmitglieder an minimaler Repression ihrer Präferenzen interessiert sind.

Es gibt nun eine Reihe von Situationen, die weniger eindeutig erscheinen. Man erhält sie, indem wenigstens eine der Bedingungen (a), (b), und (c) nicht erfüllt ist: Interessant ist jeder dieser Fälle, sofern er logisch möglich ist.

**1. Gruppe:** Es fehlt eine der Bedingungen. Wenn nur (c) fehlt, dann sind die materiellen Bedingungen dafür gegeben, die vorhandene Repression als überflüssige auffassen zu dürfen. Übrigens kann man hier gut zeigen, dass die Selbstbeschreibung einer Gesellschaft Bestandteil der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist. Diese Situation unterscheidet sich von 2. ja nur dadurch, daß ein anderes Bewußtsein der Gesellschaftsmitglieder über ihre Verhältnisse vorliegt. Und nur aufgrund dieser anderen Selbstbeschreibung der Gesellschaft wird den Verhältnissen unter 2. die Legitimation entzogen, während in dieser Situation, in der (c) nicht erfüllt ist, die gleichen materiellen Verhältnisse faktische Anerkennung finden.

Marxisten haben aus diesem Grunde propagandistisch auch von „revolutionärer Situation“ gesprochen, um revolutionäre Situationen herbeizuführen, d.h. im Falle erfüllter materieller Bedingungen des Legitimationsentzugs diesen auch zu realisieren.

Wenn (a) fehlt, muss auch (b) fehlen. D.h., diejenigen Situationen, in denen (a) fehlt, können nicht unter Gruppe 1 rubriziert werden. Schließlich sei lediglich (b) nicht erfüllt. Das ist eine Situation, in der die materiellen Bedingungen einer sozialen Umwälzung noch nicht ausgereift sind, die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder dies aber denkt. Hier wird den Verhältnissen faktisch die Legitimität entzogen, die sie der Sache nach noch hätten. Bei Marxisten äußerte sich dies darin, dass man ein großes Vertrauen hinsichtlich der Spontaneität der Produktivkraftentwicklung zeigte, legte diese erst einmal ihre kapitalistische Fessel ab. Man wusste zwar nicht, um welche Produktivkräfte es sich dabei handeln könnte, die durch die Revolution befreit werden sollten, aber man war sich sicher, daß es sie gab. Diese Situation scheint mir charakteristisch zu sein für die marxistische Mystifikation der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Politisch tendiert dies zum Abenteuer.

**Gruppe 2:** Es fehlen genau zwei der Bedingungen (a), (b) und (c). Das Fehlen von (a) und (c) kann nicht unter Gruppe 2 rubriziert werden, da mit (a) auch (b) fehlt. Es bleibt also, daß (b) und (c) oder daß (a) und (b) gemeinsam fehlen. Wenn (b) und (c) gemeinsam fehlen - es also weder aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte tatsächlich möglich wäre, eine freie Gesellschaft zu erreichen, noch es für diesen Schritt eine gesellschaftliche Mehrheit gäbe - handelt es sich um eine ausgesprochen legitime Klassenherrschaft. Hingegen das gemeinsame Fehlen von (a) und (b) scheint mir, solange (c) erfüllt sein soll, ein Ding der Unmöglichkeit. Wie sollen denn Menschen sich eine (falsche) Meinung bilden können über die Potentiale einer technischen Basis, die es in ihrer Gesellschaft gar nicht gibt? Der mittelalterliche Handwerker mag zwar diffus-utopistische Vorstellungen darüber haben, wie diese oder jene Verrichtung mit geringerer Mühe zu bewerkstelligen sei; aber derartige oder vergleichbare Vorstellungen gehören in die Preisklasse von Sciencefiction und nicht zu vernünftigen Urteilen über reale Möglichkeiten.

**Gruppe 3:** Es fehlen alle Bedingungen: Hier kann wohl nichts die Legitimität der Herrschaft erschüttern. Die Situation aus Gruppe 3 dürfte diejenige sein, in der die Gesellschaftsmitglieder keinen guten Grund aufbieten können, die Produktionsverhältnisse mit dem Ziel zu kritisieren, deren

Legitimität in Frage zu stellen. Der Grund liegt einfach daran, dass aufgrund des niedrigen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte der Rahmen der Produktionsverhältnisse als Quelle des Freiheitsentzugs noch nicht in Erscheinung treten kann. Von den Stationen der Marxschen „Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“ würden das formelle Kapitalverhältnis auf Handwerksbasis und die frühe Manufaktur hierher passen. Das Bewusstsein der Gesellschaftsmitglieder über ihre Verhältnisse trägt zwar mit zur Stabilität der Klassenherrschaft bei, kann aber wohl kaum als ideologisch bezeichnet werden: Schließlich ist diese Einschätzung der Lage kein falsches Bewusstsein, das zur Legitimierung überflüssiger Repression beiträgt.

Im Falle des Fehlens von (b) und (c), der ersten Situation aus Gruppe 2, sind zwar die Möglichkeiten einer Produktivkraftentwicklung gegeben, die über die bestehenden Produktionsverhältnisse hinausweisen könnten, aber diese möglichen Produktivkräfte stehen den Individuen der Gesellschaft nicht einmal als denkbare (in Gestalt einer konkreten Utopie) gegenüber; folglich können sie in ihrer Realisierung durch die Produktionsverhältnisse nicht behindert werden und schließlich liegt keine (hier falsche) Einschätzung der Situation als revolutionär vor. Damit ist die Möglichkeit einer Transformation trotz entwickelterer Produktivkräfte nicht gegeben, zumal die Gesellschaftsmitglieder (mehrheitlich) keine dieser Beschreibung der sozialen Realität widerstehenden Auffassungen haben. Hierher könnten das ausgereifte Manufakturwesen und die Anfänge der Fabrikproduktion passen: Dort lässt die Produktivkraftentwicklung die Möglichkeit einer weniger vereinseitigenden Kooperation technisch vielleicht schon zu, sicher ist sie aber für die Gesellschaftsmitglieder noch nicht zu erkennen. Dass diese Möglichkeiten schon vorhanden sind, wissen nur wir aufgrund der weiteren Entwicklung - es sind Möglichkeiten für uns nicht aber für jene Gesellschaftsmitglieder. Diese Beschreibung der Situation wäre daher für die Gesellschaftsmitglieder nicht verfügbar. Das Fehlen der Bedingung (c) bedeutet allerdings auch nur, dass die Selbstbeschreibung der Gesellschaft von Begriffen Gebrauch macht, die wir uns als Fehlen der Bedingung (c) erläutern.

Wenn bei einem gleichen Stand der Produktivkräfte jedoch die Gesellschaftsmitglieder die Situation anders einschätzen, wie dies in der letzten Situation von Gruppe 1 der Fall ist, dann wird den Verhältnissen faktisch die Legitimation entzogen und man lässt sich auf ein politisches Abenteuer ein. Im Fall hingegen der ersten Situation von Gruppe 1 sind die Produktivkräfte derart „reif“, dass eine weniger repressive Weise der Produktion denkbar ist, die aber aufgrund der Produktionsverhältnisse nicht verwirklicht werden kann. In diesem Fall möchte ich von einer prekären Legitimität sprechen, die nur noch dadurch Bestand hat, daß die Gesellschaftsmitglieder sich über die realen Möglichkeiten des Einsatzes der Produktivkräfte falsche Vorstellungen machen. Dies ist übrigens die Situation, in der die Marxsche Theorie sich sieht: Es gibt entwickelte Maschinerie, wobei die faktische kapitalistische Anwendung der Maschinerie von ihren möglichen alternativen Anwendungen unterscheidbar wird. Übrigens sind diese „falschen Vorstellungen“, durch die die prekäre Legitimität Bestand hat, anderer Art als im vorangehenden Fall. Sie dienen der Aufrechterhaltung überflüssiger Repression, für die es keine vernünftigen Gründe gibt, sind also Ideologie im Marxschen Sinne, während sie im

ersten Fall zwar auch nicht wünschenswerter sind, aber nicht der Stabilisierung einer Klassenherrschaft sondern der Rechtfertigung eines politischen Abenteuers dienen. Das mag man auch für Ideologie halten, aber dieser Begriff der Ideologie entspricht nicht dem Marxschen.

Gelingt es der Ideologiekritik, die Gesellschaftsmitglieder über ihre Situation aufzuklären, oder kommen diese auch ohne Ideologiekritik dazu, ihre bisherigen Vorstellungen aufzugeben, entziehen sie den Verhältnissen die Legitimität, die Gesellschaft steht vor einer Transformation oder Revolution.

Ich meine, daß mit dem hier skizzierten Modell die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ein mystisches Moment eingebüßt hat: Die Produktivkraftentwicklung spielt zwar nach wie vor eine nicht unbedeutende Rolle zur Beurteilung von Produktionsverhältnissen, aber Revolutionen werden nicht von Produktivkräften gemacht. Zweck einer Revolution ist es schließlich nicht, daß Produktivkräfte sich entfalten können, sondern Zweck einer Revolution kann es höchstens sein, daß die Gesellschaftsmitglieder eine Produktivkraftentwicklung verwirklichen, die der Befriedigung ihrer Bedürfnisse besser entgegenkommt.

Hier liegt freilich ein Problem. Wie es scheint, kommen die Leute im Kapitalismus beispielsweise bestens klar: Kapitalisten dürfen ihre Mehrwertbedürfnisse befriedigen, Arbeiter dürfen ihre Arbeitskraft verkaufen, wer leer auszugehen droht, wird durch soziale Netze aufgefangen, und wo das auch nichts hilft, gibt es die Wohltätigkeit der humanitär gelaunten Schwerverdiener. Daher müssen wir über Kritik sprechen.

### Der Kritikbegriff

Die Kritik muß einigermaßen plausibel machen können, daß es „wahre“ Bedürfnisse gibt, die durch die herrschende Praxis unterdrückt werden. Dies ist die eigentliche Aufgabe der Ideologiekritik: den Gesellschaftsmitgliedern zu verdeutlichen, daß sie falschen Vorstellungen hinsichtlich ihrer Bedürfnisse anhängen. Dieses Unternehmen läßt sich aber nur partiell realisieren. Als Ideologiekritiker beansprucht man nicht zu sagen, was die „wahren“ Bedürfnisse, Wünsche und Interessen seien, sondern man demonstriert lediglich, daß das herrschende (hier: kapitalistische) System ein notwendig falsches Bewußtsein über Zwecke der Gesellschaftsmitglieder und über Mittel zur Realisierung dieser Zwecke erzeugt. Marx hat dies im Warenfetischabschnitt des Kapitals gezeigt: Die menschlichen Verhältnisse (Institutionen usw.) erscheinen den Menschen als fremde Verhältnisse, äußere Umstände, die Bedingungen für das eigene Handeln setzen. Die Wünsche und Bedürfnisse, die sie so artikulieren und verfolgen können, sind auf die Notwendigkeit zugeschnitten, in den ihnen fremden Verhältnissen ihr Leben führen zu müssen. Diese Notwendigkeiten lassen sich etwa als „ökonomische Gesetze“ darstellen.

Marx hat durch seine Analyse des Warenfetischismus ein Beispiel dafür gegeben, wie sich der unbegriffene Zwang sozialer Verhältnisse Ausdruck verschafft als notwendig falsches Bewußtsein. Es ist das Bewußtsein des Sicheinrichtens in den Zwangsverhältnissen. Hier, meine ich, könnte davon ausgegangen werden, daß die Menschen die Spontaneität ihrer Wünsche und Bedürfnisse aufgrund der Zwangsverhältnisse unterdrücken. Ich glaube nicht, daß man

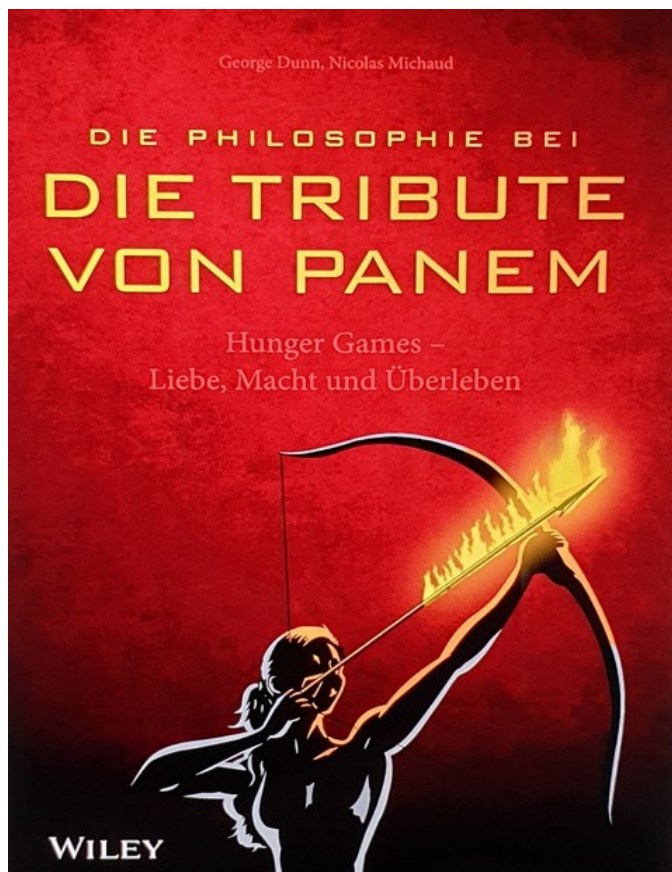
nun in der Lage ist, anderen Menschen zu sagen, was ihre „wahren“ Wünsche, Bedürfnisse und Interessen sind; aber man kann für die Einrichtung einer freien Gesellschaft werben, damit die Menschen sich über ihre „wahren“ Wünsche, Bedürfnisse und Interessen überhaupt verständigen können. Nur im Rahmen dieser Ideologiekritik hat die Kritik derjenigen Überzeugungen, die die gesellschaftliche Realität beschreiben, überhaupt einen Sinn (siehe den Absatz über den Legitimitätsbegriff).

Dieser doppelgleisigen Kritik - Kritik der Bedürfnisse, Wünsche und Interessen einerseits und Kritik der Überzeugungen hinsichtlich der Bewertung gesellschaftlicher Verhältnisse andererseits, von denen jede für sich allein keinen Sinn hätte - entspricht der Doppelcharakter sozialer Umwälzungen: „Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.“ (Karl Marx: Thesen über Feuerbach, in: MEW Bd. 3, S. 6)

### **Kommentar:**

*Dies war nach dem Einleitungsteil der vierte Themenkomplex der Broschüre. Wer sich an der Debatte beteiligen möchte, kann seine Beiträge hierzu gern bei der Redaktion einreichen, die natürlich immer in voller Länge und unverändert in die Debatte eingehen werden.*

**J. M. Hackbarth**



## **Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen.**

### **Am Beispiel der Trilogie:**

#### **„Die Tribute von Panem“**

*(Fortsetzung aus dem Heft 03/21)*

## **7. Kapitels**

### **»Es gibt keine guten Mutationen« - oder doch?: Die Erschaffung artenübergreifender Schimären**

#### **Zum Autor Jason T. Eberl:**

Er ist außerordentlicher Professor der Philosophie an der Indiana University-Prudue Univeristiy in Indianapolis . Dort lehrt und forscht er in den Fächern Bioethik, mittelalterliche Philosophie und Metaphysik.

Nebenbei betätigt er sich als Mitherausgeber ganz ähnlicher Publikationen wie der hier von mir behandelten über die „Tribute von Panem“ zu den Themen:

- „Star Wars and Philosophy“
- „Star Trek and Philosophy“
- ähnliche Werke über Stanley Kubrick,
- Harry Potter,
- Metallica,
- „The Terminator“
- „The Big Lebowski“ und
- „Avatar“.



(Foto: en.battlestarwikiclone.org)



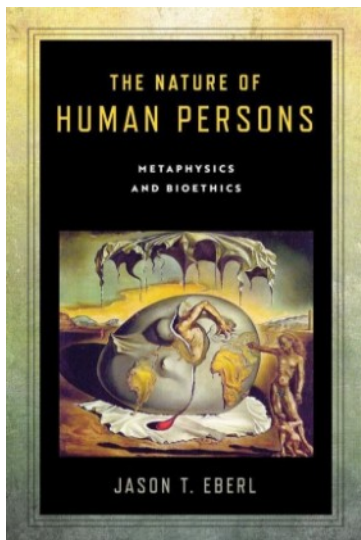
Man könnte annehmen, ein außerordentlicher Professor wie Jason T. Eberl benötigt in den USA noch Nebenjobs, um über die Runden zu kommen.

Sein wissenschaftlicher Betätigungsschwerpunkt liegt eindeutig auf dem Gebiet der Bioethik und insbesondere bei der Beobachtung der Personifizierung von Tieren, die entweder bereits durch natürliche Veranlagung, oder durch die eine Injektion menschlicher DNA, menschliche Eigenschaften entwickeln könnten. **Dabei geht er Sinn gemäß der ethischen und juristischen Frage nach: Ab wann solchen Wesen von den menschlichen Gesellschaften nicht nur Tierrechte, sondern auch Menschenrechte zustehen sollten?**

Diese Frage wirkt in einer Welt, in der die übergroße Mehrheit der Menschheit heute noch mit den jeweiligen Machthabern um ihre eigenen Menschenrechte ringen müssen, doch sehr abgehoben. Diese Überlegungen sind zwar ein nützlicher Vorgriff auf eine humanistische Zukunft der Menschheit, aber fern ab von der gesellschaftlichen Realität in der die meisten Menschen um ihre Akzeptanz als souveräne Person ringen und mit ihren Mitmenschen in einen Konkurrenzkampf gezwungen werden, in dem sie um ihre soziale Existenz kämpfen sollen. Wo rührt und empört sich da „die Ethik“?

Genau dieser Aspekt der Frage (Ob Tiere in der menschlichen Gesellschaft als souveräne Person eingegliedert werden sollten?) also ob Tiere ein eigenständiges rechtsfähiges Subjekt in Form einer Person sein könnten, erschien im Angesicht einer noch nicht vorhandenen humanistischen Gesellschaft, die eben noch nicht den letzten Schritt aus dem Tierreich gemacht hat und sich immer noch aus niederen Beweggründen, wegen einer vom Eigentumssystem künstlich erzeugten sozialen Not gegenseitig bekämpft und sogar abschachtet, als ein reines Luxusproblem der gemeinsam herrschenden Klassen Klein- und Großbürgertum.

Das führt zu Erscheinungen der krassesten Dekadenz, bei der reiche Eigentümer ohne Erben, heute ihr Vermögen nicht mehr humanistischen Zwecken zu Gute kommen lassen, sondern dies lieber ihren Haustieren, oder an die Tiere allgemein (Tierheime usw.) vererben. Im Angesicht des menschlichen Elends auf diesem Planeten, sehe ich darin ein unethisches Verhalten der Herrschenden gegenüber ihren in Elend lebenden Mitmenschen, dass immer weiter um sich greift und durch deren Philosophen für hoffähig erklärt wird.



(Foto: read.amazon.com)

## „Die Person“ – was sind die aktuellen und brennenden Probleme damit?

Die Personenstandsgesetze, in dessen Zuständigkeiten die Menschen heute zufällig hineingeboren werden, vereinnahmen diese sofort mit einer Geburtsurkunde und ohne zu fragen, ob diese das überhaupt möchten, als Humankapital der Herrschenden Klassen, welche diese Gesetze erdacht haben, von ihren Repräsentanten beschlossen wurden und die von ihrem Staat mit Gewalt durchgesetzt werden. Sich dieser Registrierung zu entziehen, gestatten sie natürlich nicht und so erhalten wir im Weiteren einen Personalausweis, werden von ihnen als dessen Personal bezeichnen und müssen, wann immer sie es verlangen, der Staatsmacht und uns allen sozial Überlegen von denen wir abhängig sind, unsere Personalien zur Kenntnis geben.

Unsere Personalien verwalten sie in einem Melderegister und machen uns damit unfreiwillig zu Mitgliedern einer Rechtsordnung, auf dessen Gesetze wir als Nicht-Angehörige der herrschenden Klassen, gar keinen Einfluss haben, was Soziologen durch Untersuchungen der Rechtslage immer wieder festgestellt haben. Die direkte Teilnahme an der Gesetzgebung wird uns verweigert und statt dessen dürfen wir aus einer Liste die uns vorgelegt wird, regelmäßig unsere Vormünder auswählen, die von unserem Willen völlig entbunden sind.

Wenn man sich gegen diese Zustände auflehnt und andeutet, dass man diese Verhältnisse gern ändern würde, kommt die Geheimpolizei ins Spiel, oder irgend ein Sozialkreditsystem, welches zu den Personalien noch weitere Informationen über dich sammelt, um die gegenwärtigen Machthaber vor Verlust ihrer Macht zu schützen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass dieses Melderegister in Österreich und Ungarn anfänglich „Matriken“ oder „Matrik“ genannt wurde, was mich sofort an die Filmserie „Matrix“ erinnert hat:

[Kino.de](#) > [Filme](#) > [Matrix](#) > [News](#)

### Das Ende von „Matrix“: Die Trilogie erklärt



Gregor Elsholz | 11.03.2020 10:57



**Bullet-Time, Martial Arts und Sonnenbrillen: „Matrix“ ist ein essenzielles Sci-Fi-Action-Franchise. Wir erklären euch das Ende der „Matrix“-Filme.**

(Foto: Kino.de)

### Versuchen wir doch mal diese Erklärung:

**1. Die alte Macht erklärt gegenüber der neuen Macht, dass die Menschen die Matrix lieben, gar nicht raus möchten und sie deshalb scheitern werden.**

## 2. Die neue Macht erklärt, dass sie die Matrix gar nicht abschaffen will, sie werden nur wesentliche Teile zu Gunsten und mit den Menschen so verändern, dass diese nicht mehr zur Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen benutzt werden kann.

Um diese Erklärung zu überprüfen, empfehle ich die Schlusszehe des vierten Teils von „Matrix“ anzusehen. Die Kunst wirft die Schatten der Zukunft voraus.

Die „Matrix“ (Das Personenregister) mit der wir es in der Eigentums-Gesellschaft des kapitalistischen Klein- und Groß-Bürgertums zu tun haben, wurde erstmals von der Nationalversammlung in der französischen Revolution 20.09.1792 mit dem „Gesetz zur Registrierung aller Bürger“ gestartet, als die radikaldemokratischen Bestrebungen der Kommunen von Paris bereits blutig niedergeschlagen waren.

1803 hielten die Franzosen die Pflicht zur Registrierung aller Menschen im „Code civile“ (französisches Zivilrecht) fest, der 1814 erstmals auch in Deutschland eingeführt wurde.

Beachtenswert ist, dass die Registrierung aller Bürger in der Schweiz erst 2005 zur Pflicht erhoben wurde und so eine Registrierungspflicht in den USA offiziell gar nicht existiert.

Wenn man von der altgriechischen Bedeutung des Wortes Person (Maske) ausgeht, dass was man von einem Menschen sehen kann, dann sind Menschen die in keiner Rechtsordnung registriert sind, für diese gar nicht existent. In einem System das die Registrierung per staatlicher Gewalt verfolgt, sind dem zur Folge alle nicht registrierten Menschen „illegal“. Sie existieren also außerhalb und nicht legal im Hoheitsgebiet eines Gewaltsystems.



Wenn es in den USA keine Pflicht zur Registrierung der Menschen gibt, warum werden Menschen die dies nicht tun, als „illegal“ bezeichnet?

## Sind in der Eigentumsgesellschaft alle Personen gleich?

Dazu ein Zitat aus der Bibel, 5. Buch Mose 16, über Richter:

### 5. Mose 16

<sup>18</sup>Richter und Amtleute sollst du dir setzen in allen deinen Toren, die dir der HERR, dein Gott, geben wird unter deinen Stämmen, daß sie das Volk richten mit rechtem Gericht. <sup>19</sup>Du sollst das Recht nicht beugen und sollst auch keine Person ansehen noch Geschenke nehmen; denn die Geschenke machen die Weisen blind und verkehren die Sachen der Gerechten....

Den Schreibern der Bibel war das Probleme mit der Ungleichbehandlung der Personen in einer Klassengesellschaft also schon bestens bekannt und sind mahnend darauf eingegangen. Doch hat ihr „Mahnen“ das Problem der ungleichen Personen in einer Klassengesellschaft beseitigen können?

Natürlich kann man die soziale Spaltung der Menschen in Klassen nicht durch Ermahnungen beseitigen. Dazu muss an die Ursache dieser Spaltung gegangen werden und diese liegt im Eigentumsrecht begründet. Dem Recht auf Ausbeutung der „nur“ besitzenden Menschen (Lohnsklaven Besitzen nur ihre Arbeitskraft), mittels Eigentum.

Sklaven waren nie eine Person, weil sie gar nicht als rechtsfähig akzeptiert wurden, sondern als Eigentum einer „Person“, also als Eigentum eines freien Bürgers galten.

Lohnsklaven erhalten nur soviel Freiheit, wie sie sich kaufen können. In der Eigentumsgesellschaft sind Vermögende Menschen eindeutig im Vorteil und genau so funktioniert deren Rechtssystem. Wer sein Recht erstreiten möchte, benötigt vor allem erst einmal Geld, um Rechtsanwälte bezahlen zu können.

Wer sich aber nicht registrieren lässt, weil er es nicht möchte oder kann, der existiert auch nicht als Person und der kann auch nicht so einfach für sein Recht streiten. Diese „illegalen“ Menschen existieren oft unter Bedingungen, die als Sklaverei bezeichnet werden. Nur Menschen, denen in der Eigentumsgesellschaft gewisse bürgerliche Rechte und gewisse bürgerliche Freiheiten zugestanden werden, gelten in dieser als Person.

Das selbe gilt für juristische Personen, also Personalvereinigungen die gemeinschaftlich ihr Rechte in Anspruch nehmen, oder gar erweitern wollen. Die Herrscher der Eigentumsgesellschaft behalten sich selbst das Recht vor, diese zu genehmigen, oder zu verbieten.

Eigentümer handeln hingegen immer in ihrem privaten Interesse, oder gemeinschaftlich im Interesse ihrer sozialen Klasse, aber niemals im Interesse der gesamten Gesellschaft, die ja alle Klassen umfasst. In einer Klassengesellschaft wird der Wille der herrschenden Klasse und das derer, die ebenfalls davon profitieren, umgesetzt.

**Für eine radikaldemokratische Sicht** auf uns Personen, möchte ich Kant heranziehen und dafür auf einen Beitrag von Jean-Christopher Merle verweisen: „Eine Kantische Alternative zu Generalprävention und Wiedervergeltung. In: Kant und die Berliner Aufklärung: Akten des IX. Internationalen Kant-Kongresses. Band 4. Verlag Walter de Gruyter, 2001, ISBN 3-11-016979-7, S.200:

**„Person ist dasjenige Subjekt, dessen Handlungen einer Zurechnung fähig sind.“ Eine Person ist „keinen anderen Gesetzen, als denen, die sie (entweder allein oder wenigstens zugleich mit anderen) sich selbst gibt, unterworfen ...“**

Der Mensch wird also erst dann zu einer freien Person, wenn er in einer freien Gemeinschaft mit anderen Menschen zusammen leben kann und in deren Gesellschaft eine gleichberechtigte Rolle spielt.

**J.M.Hackbarth**



# Hannah Arendt

## Eichmann in Jerusalem

Ein Bericht von der Banalität  
des Bösen

PIPER

## Unwert zu leben

### Der Keim der „Banalität des Bösen“ liegt im Repräsentativsystem

Zu „Hannah Arendt und die „Banalität des Bösen““ veröffentlichte der NDR am 04.12. 2020 einen Beitrag, in dem sie als unbequeme Denkerin beschrieben wird, und weiter, Zitat:

„Nach der NS-Zeit analysierte Hannah Arendt Wirkungsweisen totalitärer Herrschaft. Ihr Begriff der „Banalität des Bösen“ hat kontroverse Debatten ausgelöst... Sie wollte einfach nur verstehen - auch wenn das bedeutet, „dahin zu denken, wo es wehtut“, wie Hannah Arendt sagte. „Denken ohne Geländer“ nannte sie das einmal. Themen wie Totalitarismus, Macht und die Verbrechen im Nationalsozialismus beschäftigten sie. Als ihr politisches Hauptwerk gilt „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, in dem sie auf die Strukturlosigkeit totaler Regierungen hinwies und den Terror zum entscheidenden Merkmal des Totalitarismus erklärte. Einer breiten Öffentlichkeit wurde sie 1961 als Berichterstatterin über den Eichmann-Prozess in Jerusalem bekannt...

In ihrer Analyse des Prozesses vertritt sie die kontroverse Ansicht, dass Eichmann eine deutlich kleinere Rolle bei der „Endlösung der Judenfrage“ gespielt habe, als die Anklage ihm unterstellte. Die jüdische Politologin stellt zudem die Mittelmäßigkeit und Gedankenlosigkeit des NS-Funktionärs in den Mittelpunkt, der als einer der größten Verbrecher seiner

**Zeit gilt. Dabei will sie die Nazi-Verbrechen - und auch „das Böse an sich“ - keineswegs kleinreden.“** (siehe [hier](#))

Die Untaten kleinzureden, liegt mir ebenso fern. Aber ich möchte mir Hannah Arendt zum Vorbild nehmen und unbequem denken, und dahin denken, wo es den Apologeten des Repräsentativsystems weh tut. Hannah Arendt analysierte den Eichmannprozess auf der Ebene der Moralphilosophie und ich möchte den schmerzhaften Bogen schlagen, von der Moralphilosophie zur politischen Ökonomie, denn wie Brecht so treffend herausfand, „**Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral**“ Die uns alle umtreibende Frage lautet doch: Kann sich so etwas wie in der Nazizeit, oder etwas in vergleichbarer Größe wiederholen?

Was Eichmann getan hatte war nach seinem eigenen Verständnis „nur im Nachhinein“ ein Verbrechen, denn, so zitiert Hannah Arendt ihn im Buch,

*„... er war immer ein gesetzestreuer Bürger gewesen, Hitlers Befehle, die er nach bestem Vermögen befolgt hatte, besaßen im Dritten Reich »Gesetzeskraft«. (Die Verteidigung hätte zur Unterstützung von Eichmanns These jeden beliebigen Verfassungsexperten im Dritten Reich zitieren können, die alle ausführlich darüber geschrieben haben, daß der Führerbefehl das Kernstück der geltenden Rechtsordnung darstelle.) Dies wüßten die Leute, die jetzt von ihm, Eichmann, verlangten, er hätte damals anders handeln sollen, einfach nicht, oder sie hätten vergessen, wie die Dinge zu Hitlers Zeiten ausgesehen haben. Er jedenfalls wollte nicht zu denen gehören, die nachträglich versichern, »daß sie immer schon dagegen gewesen waren«, wenn sie in Wirklichkeit eifrig getan hatten, was man ihnen zu tun befahl. Doch die Zeiten ändern sich; er war, wie so viele andere (einschließlich der Juristen) »zu neuen Einsichten gekommen«. Was er getan habe, habe er getan, er wolle nichts abstreiten;“ (aus „Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen“ von Hannah Arendt, Brigitte Granzow)*

„Bürger“ im Dritten Reich hatten keinen Einfluss auf Gesetze und Führerbefehle. Sie hatten sie eben nur zu befolgen. Darauf berief sich nicht nur Eichmann. Welchen Einfluss haben die „Bürger“ heute auf Gesetze und Verordnungen? Nein, die „Repräsentative „Demokratie“ ist keine Diktatur, und nein, Krisen-Regime, die sich jeweils um die aktuelle Krise bilden, sind keine Faschisten. Sie erfüllen nur ihre Aufgabe als gesetzestreue Bürger und Repräsentanten der Pharma- Energie- und Rüstungsoligarchen. Dafür werden sie schließlich bezahlt. Ja, das ist ein Unterschied. Ein Bundeskanzler Olaf Scholz kann nicht einfach etwas befehlen und die braven Bürger folgen ihm. Er muss schon als Regierungschef die Ausführung der Gesetze durchsetzen lassen, die seine Regierung in der Legislative des Bundestages beschließen lässt. Ein Repräsentativsystem lässt sich zu dem durch Lobbyismus steuern und funktioniert so, Zitat (Horst Seehofer):

*„Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“*

Und so muss auch der Staatschef folgen, und zwar den Interessen reicher Oligarchen. Oder seine Karriere ist ganz schnell beendet. Wenn es darum geht, Steuermilliarden für Spritzen, Fracking-Gas und Waffen auf die Konten von Oligarchen zu pumpen und sich die dafür nötige Politik zu kaufen, dann ist das ja bloß Lobbyismus. Aber der geht eben auch über Leichen. Die Zahl der Toten der Kriege des Repräsentativsystems der USA seit 1945 („konservative



Schätzungen gehen von mindestens sechs Millionen toten Zivilisten und Soldaten aus“ schreibt Politologe [John Tirman](#) in einem [Meinungsbeitrag](#) für die „Washington Post“) ist vergleichbar mit der Zahl der ermordeten Juden durch das Hitler-Regime. Die Zahl der Toten aber, und die Art des Verbrechens, sind zwei verschiedenen zu betrachtende Dinge. Hannah Arendt schrieb dazu, Zitat:

***„Nicht weniger beunruhigend als dieser bisher unbekannte Verbrechertypus ist die Art des Verbrechens, das hier zur Verhandlung stand. Zwar ist sich alle Welt nachgerade darüber einig, daß das, was in Auschwitz geschah, beispielloes ist; aber die Kategorien, mit denen dies Beispiellose nun politisch und juristisch erfassbar ist, sind immer noch gänzlich ungeklärt. Denn der hierfür neuerdings eingeführte Begriff des Völkermords (Genocid) ist zwar in gewissem Sinne zutreffend, aber nicht ausreichend, schon weil Völkermorde nicht beispiellos sind – sie waren in der Antike an der Tagesordnung, und die Jahrhunderte der Kolonisation und des Imperialismus kennen mehr oder minder geglückte Versuche in dieser Richtung zur Genüge. Der aus dem englischen Imperialismus stammende Ausdruck »Verwaltungsmassenmord« (administrative massacres, den die Engländer bewußt ablehnten als ein Mittel, die Herrschaft über Indien aufrechtzuerhalten) dürfte der Sache erheblich angemessener sein und zudem den Vorteil haben, mit dem Vorurteil, daß solche Ungeheuerlichkeiten nur einem fremden Volk oder einer andersgearteten Rasse gegenüber möglich sind, aufzuräumen. Ganz abgesehen davon, daß Hitler seine Massenmorde bekanntlich mit dem »Gnadentod« der »unheilbar Kranken« begann und die Absicht hatte, sie mit »erbgeschädigten« Deutschen (Herz- und Lungenkranken) zu enden, liegt es auf der Hand, daß das Ordnungsprinzip, nach dem gemordet wird, beliebig bzw. nur von historischen Faktoren abhängig ist. Es ist sehr gut denkbar, daß in einer absehbaren Zukunft automatisierter Wirtschaft Menschen in die Versuchung kommen, alle diejenigen auszurotten, deren Intelligenzquotient unter einem bestimmten Niveau liegt.“*** (aus *„Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen“* von Hannah Arendt, Brigitte Granzow)

Es geht nicht um den „Intelligenzquotient“, sondern um menschliche Rentabilität. Rentabilität ist ein Wort für eine ganz banale Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Eigentumsrecht und die Banalität des Bösen besteht in der Reduzierung des Menschen auf einen schnöden Wert für den Eigentümer. Das geschieht ganz bürokratisch, eben durch Bürokraten. So funktioniert das nun mal im Eigentumsrecht. Zu viele nutzlose Esser sind unrentabel, unwert zu leben. Hitler war eigentlich nur ein „Hanswurst“ (Wortwahl Hannah Arendt für Eichmann), genauso wie Eichmann. Aber gerade diese kleinbürgerlichen Hanswürste sind eben brutal konsequent in ihrer Besessenheit, dass der Zweck die Mittel heiligt, sobald sie glauben das Richtige zu tun im Sinne der allgemeinen Gesetzgebung, die im Kern Prinzipien der Ausbeutung beschützen soll.

Gegenwärtig gilt es anscheinend zu einer Konsequenz zu finden, die ohne „Verwaltungsmassenmord“ auskommen kann. Der Bedarf reicher Eigentümer nach wirksamen Ideologien der Machtsicherung lässt sich am besten in Rettungs-Ideologien verpacken. „Wir müssen das Klima retten!“, „Wir müssen die Natur retten!“. „Die Nahrungsmittel reichen bald nicht mehr für alle, also müssen wir um uns zu retten, uns selbst reduzieren“. So die ideologischen Spielarten menschenfeindlicher „Philanthropen“. Aber die Menschheit vor den Räubern retten,

das müssen wir natürlich nicht. Wenn die Banalität des Raubes nicht als Ursache des Bösen anerkannt ist, dann gelten nur die Folgen als Böse. Und deshalb ist es nötig, vor die Analyse der Moral, die Analyse des „Fressens“ zu setzen. So weit konnte Hannah Arendt nicht gehen als Professorin, denn sonst wäre sie nicht länger Professorin geblieben. Den verrechtlichten Raub, den wir Eigentumsrecht nennen, zu kritisieren, hätte ihr den Ruf einer Extremistin eingebracht. Jede Verrechtlichung, auch die der Gewalt von Räubern, bedarf einer Verwaltung und die besteht aus Menschen, und zwar aus Beamten. Wer Eichmann war, beschreibt Hannah Arendt so:

***„Eichmann war nicht Jago und nicht Macbeth, und nichts hätte ihm ferner gelegen, als mit Richard III. zu beschließen, »ein Bösewicht zu werden«. Außer einer ganz ungewöhnlichen Beflissenheit, alles zu tun, was seinem Fortkommen dienlich sein konnte, hatte er überhaupt keine Motive; und auch diese Beflissenheit war an sich keineswegs kriminell, er hätte bestimmt niemals seinen Vorgesetzten umgebracht, um an dessen Stelle zu rücken. Er hat sich nur, um in der Alltagssprache zu bleiben, niemals vorgestellt, was er eigentlich anstellte. Es war genau das gleiche mangelnde Vorstellungsvermögen, das es ihm ermöglichte, viele Monate hindurch einem deutschen Juden im Polizeiverhör gegenüberzusitzen, ihm sein Herz auszuschütten und ihm wieder und wieder zu erklären, wie es kam, daß er es in der SS nur bis zum Obersturmbannführer gebracht hat und daß es nicht an ihm gelegen habe, daß er nicht vorankam. Er hat prinzipiell ganz gut gewußt, worum es ging, und in seinem Schlußwort vor Gericht von der »staatlicherseits vorgeschriebenen Umwertung der Werte« gesprochen; er war nicht dumm. Es war gewissermaßen schiere Gedankenlosigkeit – etwas, was mit Dummheit keineswegs identisch ist –, die ihn dafür prädisponierte, zu einem der größten Verbrecher jener Zeit zu werden. Und wenn dies »banal« ist und sogar komisch, wenn man ihm nämlich beim besten Willen keine teuflisch-dämonische Tiefe abgewinnen kann, so ist es darum doch noch lange nicht alltäglich. Es dürfte gar nicht so oft vorkommen, daß einem Menschen im Angesicht des Todes und noch dazu unter dem Galgen nichts anderes einfällt, als was er bei Beerdigungen sein Leben lang zu hören bekommen hat, und daß er über diesen »erhebenden Worten« die Wirklichkeit des eigenen Todes unschwer vergessen kann. Daß eine solche Realitätsferne und Gedankenlosigkeit in einem mehr Unheil anrichten können als alle die dem Menschen vielleicht innewohnenden bösen Triebe zusammengenommen, das war in der Tat die Lektion, die man in Jerusalem lernen konnte. Aber es war eine Lektion und weder eine Erklärung des Phänomens noch eine Theorie darüber.“*** (aus *„Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen“* von Hannah Arendt, Brigitte Granzow)

An dieser Stelle will ich die Frage erheben, was sich Beamte, Staatsanwälte und Richter „denken“, die alles tun um ihrem Fortkommen dienlich zu sein, wenn sie friedliche Demonstranten misshandeln lassen, wenn sie Regierungskritiker mit Hausdurchsuchungen und Festnahme-Schikanen überziehen und Michael Ballweg monatelang einsperren lassen, weil er es wagte, Massenproteste zu organisieren. Was denken sich die Beamten, die geheime Massenüberwachung wie selbstverständlich fordern? Was stellen sich Beamte, Staatsanwälte und Richter vor, was sie da eigentlich anstellen, wenn sie ihren vermeintlichen „Rechtsstaat“ immer mehr durch verdeckte Willkür ersetzen?



Realitätsferne und Gedankenlosigkeit? Ist das wirklich so einfach? Was ist denn die Ursache für Realitätsferne und Gedankenlosigkeit? Für die Antwort auf diese Frage, halte ich es für geboten einen anderen Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen. 1939 begann Bruno Frank eine Schrift für eine von Thomas Mann geplante Broschürenreihe gegen den Nazistaat, die er jedoch nicht vollendete und nicht veröffentlichte. Aber heute ist sie öffentlich zugänglich und überschrieben mit „**Lüge als Staatsprinzip**“, Zitat:

*„Es begann mit dem Namen. „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ nannte sich diese Organisation. Sie war anti-sozialistisch, und sie war arbeiterfeindlich. Ganz eindeutig war sie das Kind eines großkapitalistischen Klüngels, der Rüstungsindustrie, deren Fabriken elend gingen und deren Aktien seit dem Krieg tiefer und tiefer sanken. Nur eine neue Gefährdung des Weltfriedens konnte da helfen. Der Name war ein Betrug. Jede Parole war ein Betrug. Wie die Partei vom Geld jener Clique lebte, so lebte sie „geistig“ von erschwundenen Gefahren. Da war der Schwandel vom „roten Terror“, die Bolschewikengefahr. Nichts dergleichen gab es in Deutschland. Schon garnicht unter den Kanzlern, die der Katastrophe vorangingen, Brüning, Papen, Schleicher. Nirgends existierte unter der deutschen Republik eine politische Opposition, mit der nicht, in jedem Augenblick, Armee und Polizei spielend fertig geworden wären. Da war die Gefahr der Verelendung, des ökonomischen Zusammenbruchs. Mit unahnbarer Geschwindigkeit hatte sich Deutschland von den Schäden der Niederlage wieder befreit und hatte gewaltigen Aufschwung genommen. In der Mitte des Jahres 1929 setzte eine internationale Wirtschaftskrise ein. Sie traf auch das Reich. Aber sie traf es nicht schwerer als andere hoch industrialisierte Länder. Nur wurde die Krise hier fühlbarer ins Bewußtsein gerückt durch gleichzeitige politische Erschütterungen. Diese Erschütterungen waren in gar keiner Weise mehr eine Folge des Vertrags von Versailles, und am allerwenigsten waren sie eine Folge des demokratischen Systems. Sie waren im Gegenteil die Folge einer wütenden Hetzkampagne gegen eben dieses System. Hitler selbst und seine Helfer schufen den Zustand, aus dem sie brüllend den Ausweg in ihr Drittes Reich anboten. Es war alles Lüge, die Gefahr und die Rettung.“ (Auszug aus „Lüge als Staatsprinzip“ unveröffentlichte Schrift von Bruno Frank, 1939 – entsprechender Wikipedia-Artikel siehe [hier](#))*



„**Lüge als Staatsprinzip**“  
(Artikelbild in Wikipediaeintrag)



**Goebbelschnauze, DKE 38**

Realitätsferne und Gedankenlosigkeit ist Resultat von Verwaltungsmassenmanipulation. Die Technik hat sich natürlich weiterentwickelt, zum Ton kam das Bild hinzu. Das Fernsehen wurde für Regierungen erst nach dem Krieg für Massenmanipulation vollumfänglich zugänglich. Seit dem



Fortschreiten der Medientechnik verging nicht ein einziger Tag ohne bewusste Erzeugung von „Realitätsferne und Gedankenlosigkeit“. Können sich Beamte, Staatsanwälte und Richter heute davor schützen, um unvoreingenommen einem „neutralen“ Rechtsstaat dienen zu können? Abgesehen von der Problematik mangelnder Gewaltenteilung ist es bei der täglichen Flut von Gewaltverherrlichung, Verdrehungen, Halbwahrheiten, Lügen und Kriegspropaganda, worin das US-Imperium führend ist; fast unmöglich, mit der Fernbedienung heute keinen Treffer zu landen, wollte man wenigstens einmal zwischendurch etwas anderes hören und sehen.

Massenmanipulation im 24-Stunden-Betrieb. Nur dadurch wird es möglich, Begriffsinhalte auf ihr Gegenteil umzudeuten, wie z.B. Pharmageschäft = Gesundheitfürsorge, Links = Rechts, Demokraten = Demokratiefeinde, Verfassungsschützer = Verfassungsfeinde, Souveränität = Reichsbürgertum, „Querdenker“ = Extremisten, usw. usf., Extremist ist also schon jemand, der „Quer“ **denkt** oder zumindest jeder, der die Regierung nicht nur zum Schein kritisiert. So genießt auch endlich der neueste Bundeskanzler die Früchte dieser ausgeklügelten Manipulation, denn er kann, ohne einen nationalen Shitstorm fürchten zu müssen, twittern:



**Bundeskanzler Olaf Scholz** ✓

@Bundeskanzler

Regierungsvertreter\*in aus Deutschland

Friedlich seine Meinung zu äußern, das ist eines der wichtigsten Rechte unserer Demokratie. Wenn Kundgebungen von Extremisten, Querdenkern und Verfassungsfeinden gekapert werden, nehmen wir das nicht hin. Denn unsere Demokratie ist wehrhaft.

[#GdPBundeskongress2022](#)

### **Realitätsferne und Gedankenlosigkeit**

Zurück zu Eichmann: auf der Ebene der Moralphilosophie war Hannah Arendt gründlich und wer darin gründlich sein will kommt an Kant nicht vorbei wenn der sogenannte

„Befehlsnotstand“ zur Diskussion steht. So schrieb sie:

*"Ein erstes Anzeichen von Eichmanns vager Vorstellung, daß in dieser ganzen Angelegenheit mehr zur Diskussion stehen könnte als die Frage, ob der Soldat auch Befehlen gehorchen müsse, die ihrer Natur und ihrer Absicht nach eindeutig verbrecherisch sind, ergab sich während des Polizeiverhörs, als er plötzlich mit großem Nachdruck beteuerte, sein Leben lang den Moralvorschriften Kants gefolgt zu sein, und vor allem im Sinne des kantischen Pflichtbegriffs gehandelt zu haben. Das klang zunächst nur empörend und obendrein unverständlich, da Kants Morallehre so eng mit der menschlichen Fähigkeit zu urteilen, also dem Gegenteil von blindem Gehorsam, verbunden ist. Der verhörende Offizier hatte sich darauf nicht weiter eingelassen, doch Richter Raveh, ob nun aus Neugier oder aus Entrüstung über Eichmanns Versuch, im Zusammenhang mit seinen Untaten sich auf Kant zu berufen, entschloß sich, den Angeklagten hierüber zu befragen. Und zu jedermanns Überraschung konnte Eichmann eine ziemlich genaue Definition des kategorischen Imperativs vortragen: »Da verstand ich darunter, daß das Prinzip meines Wollens und das Prinzip meines Strebens so sein muß, daß es jederzeit zum Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung erhoben werden könnte«, was auf Diebstahl oder Mord z. B. nicht gut anzuwenden ist, da der Dieb oder Mörder unmöglich in einem Rechtssystem leben wollen kann, das anderen das Recht gibt, ihn zu bestehlen oder zu ermorden. Auf weitere Befragung fügte er hinzu, daß er Kants Kritik der praktischen Vernunft gelesen habe. Weiter erklärte er, daß er in dem Augenblick, als er mit den Maßnahmen zur »Endlösung« beauftragt wurde, aufgehört habe, nach kantischen Prinzipien zu leben, er habe das gewußt und habe sich mit den Gedanken getröstet, nicht länger »Herr über mich selbst« gewesen zu sein – »ändern konnte ich nichts«. Was er dem Gericht darzulegen unterließ, war, daß er in jener »Zeit ... der von Staats wegen legalisierten Verbrechen«, wie er sie jetzt selber nannte, die Kantische Formel nicht einfach als überholt beiseite getan hat, sondern daß er sie sich vielmehr so zurechtbog, bis sie ihm im Sinne von Hans Franks Neuformulierung »des kategorischen Imperativs im Dritten Reich«, die Eichmann gekannt haben mag, befahl: »Handle so, daß der Führer, wenn er von deinem Handeln Kenntnis hätte, dieses Handeln billigen würde« (»Die Technik des Staates«, 1942, S. 15f.)." (aus "Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen" von Hannah Arendt, Brigitte Granzow)*

Es geht also auch ohne Diktatur. Ein Bundeskanzler muss nur so handeln, dass wenn der Präsident der USA davon Kenntnis hätte, er dieses Handeln billigen würde. Der US-Präsident wiederum muss nur so handeln, dass wenn seine Herren (die Oligarchen) davon Kenntnis hätten, sie dieses Handeln billigen würden. Und so muss jeder Staatsbeamte nur so handeln, dass wenn der Vorgesetzte davon Kenntnis hätte, er dieses Handeln billigen würde. Repräsentanten im Bundestag müssen nur so handeln, dass wenn die Lobbyisten davon Kenntnis hätten, sie dieses Handeln billigen würden usw., usf. Zentralistische Herrschaftssysteme funktionieren eben **nur nach Prinzipien der praktischen Vernunft des Eigentumsrechts**, wie eine einseitige Diodenschaltung, durch welche der Strom der Macht von Unten nach Oben fließt. In Diktaturen durch direkten Befehl- und finanzielle Abhängigkeiten-, in Repräsentativsystemen durch finanzielle Abhängigkeiten- und direkten Befehl geleitet. „Die

eigentliche Perversion des Handelns ist das Funktionieren.“, sagte [Hannah Arendt 1964 im Gespräch mit Joachim Fest](#), zum Thema „Die Banalität des Bösen“.

Faschismus und „Repräsentative „Demokratie““ sind 2 unterschiedliche Herrschaftsformen zweier Schichten ein und der selben Klasse, nämlich der Klasse der Eigentümer. Eigentümer lassen ihr Kapital (Kapital ist Eigentum) „arbeiten“. Richtig muss es heißen: sie lassen mit Hilfe ihres Eigentums **durch soziale Erpressung und verrechtlichter Gewalt**, Lohnsklaven für sich arbeiten. Das Kleinbürgertum (mittlere und kleinere Eigentümer) lässt sein Kapital (Eigentum) überwiegend national „arbeiten“, während das Großbürgertum sein Kapital (Eigentum) global „arbeiten“ lässt. Daraus erklärt sich die Affinität des Kleinbürgertums zum Nationalismus und zur Diktatur, sobald ihr Eigentum durch Akkumulation (Anhäufung) des Kapitals beim Großbürgertum (superreiche Oligarchen) dahinzuschmelzen droht. Inzwischen schmilzt es wie Schnee in der Sommersonne, genau wie am Vorabend der Machtübernahme durch die Nazis. Das Kleinbürgertum hat, banal ausgedrückt, nicht genug Geld um sich Politik durch Lobbyismus kaufen zu können. Es neigt daher zum Putsch, zu gewaltsamer Machtübernahme und zur Diktatur, für welche militarisierte Verwaltungsbükratie kennzeichnend ist. Aber gerade Hitler kam nicht durch einen Putsch an die Macht. Er wurde gewählt. Oligarchen (das Großbürgertum) verfügen über genügend finanzielle Mittel, um sich durch Lobbyismus ihre Politik kaufen zu können. Sie brauchen das Parlament als politischen Marktplatz ihrer Lobbyisten, welche längst schon entdeckt haben, dass sie ihre Aufgabe am besten erfüllen, wenn sie sich selbst als Repräsentanten wählen lassen. Außerdem lässt sich mit ausgeklügelten „Softpower“-Techniken in einer Demokratiesimulation mit Namen „Repräsentative „Demokratie““ das Volk viel besser und nachhaltiger und vor allem kostengünstiger betrügen, als durch brutale Unterdrückung eines faschistischen Regimes. Wie kompatibel aber beide Herrschaftsformen in Wahrheit sind, darüber stellte Hannah Arendt ein beeindruckendes Zeitzeugnis aus, Zitat:

*"Daß die Bundesregierung und die Länderverwaltungen, die Polizei, die Ministerien, der diplomatische Dienst und die Universitäten, kurz das gesamte deutsche öffentliche Leben, von ehemaligen Nazis in früher hohen Positionen durchsetzt war, wußte man zu Beginn des Eichmann-Prozesses. Und man konnte es damit entschuldigen, daß es vermutlich überhaupt keine deutsche Regierung und keine deutsche Verwaltung hätte geben können, wenn die Adenauer-Regierung die Frage einer kompromittierenden Nazivergangenheit nicht sehr großzügig behandelt hätte. Denn wahr ist natürlich das genaue Gegenteil jener Versicherungen des Bundeskanzlers vom Frühjahr 1961, daß nur ein verhältnismäßig nicht so großer Prozentsatz der deutschen Bevölkerung Nazis gewesen seien und daß »die allermeisten Menschen, wenn sie irgendeinem jüdischen Mitbürger helfen konnten, das mit Freude und gern getan haben«. Wenigstens eine deutsche Zeitung, die »Frankfurter Rundschau«, beantwortete die naheliegende Frage, warum eigentlich so viele Leute, die beispielsweise die Vergangenheit des Oberbundesanwalts gekannt haben müssen, geschwiegen hätten, mit der noch näher liegenden Antwort: »Weil sie sich selbst belastet fühlten.« Wie gesagt, dies war bekannt; aber der erschreckende Umfang dieser wechselseitigen Verstrickungen bzw. die Tatsache, daß sich unter den Belasteten im öffentlichen Leben auch Massenmörder befinden, ist erst im Verlauf*

*der Prozesse der allerletzten Jahre an den Tag getreten. Erst seit Leute wie Dr. Georg Heuser, Chef des Landeskriminalamtes von Rheinland/Pfalz, als Komplizen oder intime Mitwisser der Massenmorde entlarvt worden sind und seitdem schwerwiegende Verdachtsmomente erhoben worden sind gegen leitende Beamte wie Kriminalrat Theodor Saevecke, Referent für »Hoch- und Landesverrat« in Bonn, oder gegen Inhaber hoher Regierungsämter wie den ehemaligen Bundesvertriebenenminister Hans Krüger oder Staatssekretär Friedrich Karl Vialon vom Entwicklungsministerium in Bonn, kann man sich von dem Ausmaß des Unheils im Nachkriegsdeutschland ein Bild machen." (aus "Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen" von Hannah Arendt, Brigitte Granzow)*

Dass eine Bundesregierung auch heute noch keine Probleme mit Ultrarechten hat, beweist ihr Schmusekurs mit der Marionettenregierung um Selenskyj in der Ukraine. Auch wenn sich Selenskyjs Mannen noch so anstrengen um zu zeigen wie sehr sie sich in Tradition faschistischer Vorfahren sehen, wie sehr sie sie verehren und wie sehr sie sich bemühen mit Methoden wie „Verbrannte Erde“ und „Vernichtungskrieg“ es der Deutschen Wehrmacht gleichzutun, Hauptsache es geht gegen die Russen; so reicht das immer noch nicht, um die Freundschaft der Deutschen Regierung mit Nazitraditionalisten zu erschüttern. Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) steht zu ihnen, »egal was meine Deutschen Wähler denken«. Mit Recht, denn Regierungsmandate sind mit Artikel 38 Grundgesetz vom Wähler entbunden und Abgeordnete daher dem Volk gegenüber per Gesetz verantwortungslos. Alle Staatsgewalt geht von Parteiführern aus. Wozu braucht man da noch eine Diktatur? Da kann sich eine Innenministerin Nancy Faeser (SPD) richtig austoben, wie sie im Kampf gegen Rechtsextremismus zeigen will. »Unsere Demokratie ist wachsam und wehrhaft«, sagte sie. Deshalb will sie »mit Prävention und Härte« gegen rechtsextreme Tendenzen vorgehen. Soweit dazu was sie vorgibt. Das reimt sich mit „Lüge als Staatsprinzip“.

Inzwischen erodiert eine Demokratie-Simulation, die sich „Repräsentative „Demokratie““ nennt, so offensichtlich, dass Repräsentanten anfangen, sich immer unverblümt wie Diktatoren zu benehmen. Sie haben gemerkt, dass es immer weniger auf die nette Tour geht, um es einmal banal auszudrücken. Für die Reichen, denn die wollen fressen. Steuermilliarden für amerikanische Pharma- und Rüstungsoligarchen und das Volk soll frieren für amerikanische Frackingmilliarden. Kant würde vielleicht fragen: was ist die Quelle ihrer „Vernunft“? Diese Frage stellte Hannah Arendt, weil Kant sie natürlich nicht mehr stellen kann, und sie fand auch schnell die Antwort.

*„Natürlich ist es Kant nie in den Sinn gekommen, das Prinzip des Handelns einfach mit dem Prinzip des jeweiligen Gesetzgebers eines Landes oder den in ihm jeweils geltenden Gesetzen zu identifizieren, da für ihn ja jeder Bürger im Augenblick seines Handelns selbst Gesetzgeber wird durch den Gebrauch seiner »praktischen Vernunft«. Dennoch entspricht Eichmanns unbewusste Entstellung dem, was er selbst »den kategorischen Imperativ für den Hausgebrauch des kleinen Mannes« nannte. In diesem »Hausgebrauch« bleibt von Kants Geist nur noch die moralische Forderung übrig, nicht nur dem Buchstaben des Gesetzes zu gehorchen und sich so in den Grenzen der Legalität zu*

*halten, sondern den eigenen Willen mit dem Geist des Gesetzes zu identifizieren – mit der Quelle, der das Gesetz entsprang. In Kants Philosophie war diese Quelle die praktische Vernunft; im Hausgebrauch, den Eichmann von ihr machte, war diese Quelle identisch geworden mit dem Willen des Führers." (aus "Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen" von Hannah Arendt, Brigitte Granzow)*

Die Taten Deutscher Regierungen in der Bundesrepublik sind weder mit denen von Eichmann noch von Hitler vergleichbar. Noch nicht. Vorläufig ist es noch eine Politik für Verarmung, Enteignung, Zensur, Verleumdung, vorwandgestützter Strafverfolgung von Regierungskritikern und Beihilfe zum Krieg gegen andere Völker. Und dann? Ab wann braucht man denn keine Vorwände mehr? Ab wann ist es keine Beihilfe mehr? Was meint denn eine Frau Faeser mit »wehrhaft« und »Prävention und Härte«? Wie weit wollen diese Repräsentanten gehen? Geschichte wiederholt sich nicht noch einmal in der Form, wie unsere Großeltern sie erleben mussten. Aber das herrschende Eigentumsrecht generiert prinzipiell eine exponentiell ansteigende Kurve staatlicher Gewalt, sobald die Akkumulation (Anhäufung) des Kapitals (Eigentum) auf der einen Seite umgekehrt proportional zur Verarmung der Klasse der Lohnabhängigen und des Kleinbürgertums auf der anderen Seite, eine bestimmte Schwelle überschritten hat. Entgegen den allgemeinen Erwartungen bezeichnete Hannah Arendt Eichmann wie folgt:

*"Trotz der Bemühungen des Staatsanwalts konnte jeder sehen, daß dieser Mann kein »Ungeheuer« war, aber es war in der Tat sehr schwierig, sich des Verdachts zu erwehren, daß man es mit einem Hanswurst zu tun hatte. Und da dieser Verdacht das ganze Unternehmen ad absurdum geführt hätte und auch schwer auszuhalten war angesichts der Leiden, die Eichmann und seinesgleichen Millionen von Menschen zugeführt hatten, sind selbst seine tollsten Clownerien kaum zur Kenntnis genommen und fast niemals berichtet worden." (aus "Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen" von Hannah Arendt, Brigitte Granzow)*

Sie konnte in der Person Eichmann nicht das Ungeheuer finden, das alle suchten. Es gibt auch keine Berichte von Verhören in den Nürnberger Prozessen, dass Naziführer Ungeheuer wären. Das lässt doch nur den Schluss zu, dass ihr Handeln durch ein Rechtssystem angelernet wurde, das Menschen in letzter Konsequenz zu ungeheuerlichsten Taten treibt. Am besten dafür geeignet sind immer jene, die das Denken verweigern: die Hanswürste. Was also böse Taten am laufenden Band hervorbringt, ist das Eigentumsrecht. Warum? Weil es ein Raub-, Ausbeutungs-, ein Gewaltrecht ist, um massenhaft Lohnabhängige für einzelne Eigentümer ausbeuten zu können. Das Naziregime hatte die Lohnsklaverei nicht nur zurückgedreht in direkte Sklaverei, sondern ihr Eigentumsrecht fiel noch hinter das römische Eigentumsrecht zurück, denn Zwangsarbeiter hatten nicht nur kein Recht auf Leben sondern ihr Leben war als Unrecht erhoben worden. Die so geschädigt Überlebenden müssen heute noch auf angemessene Entschädigung warten, weil alle bisherigen Bundesregierungen kaum einen Anlass sahen, den geraubten Reichtum an die Geschädigten zurück zu geben.

Schon das römische Eigentumsrecht ist nicht höher als das Recht des Stärkeren im Reich der Tiere und deshalb kein Menschenrecht. Welches Recht kann aber diese Gewaltspirale beenden, das schließlich biologische, chemische und atomare Waffensysteme hervorbrachte?



Rousseau entwarf schon am Vorabend der Großen Französischen Revolution erste Prinzipien eines modernen **Besitzrechts**, nämlich die Kopplung von Verfügungsgewalt an persönliche Nutzung und Arbeit, damit gewaltsamer Ausschluss der Gemeinschaft durch Aneignung Einzelner (Privatisierung) von vornherein verhindert werden kann. Erst dann wird Demokratie (Volksherrschaft) überhaupt erst möglich. Das ist der wesentlichste Bestandteil der Aufklärung. Hannah Arendt hielt 1965 unter dem Titel „Some Questions of Moral Philosophy“ eine Vorlesung an der School for Social Research in New York und erzählte eine Anekdote, die Zitat:

*„...uns von Kant berichtet, der seinen sprichwörtlichen täglichen Spaziergang durch die Straßen von Königsberg jeden Tag immer exakt zur gleichen Stunde machte und sich angewöhnt hatte, den Bettlern, denen er begegnete, Almosen zu geben. Dazu hatte er neue Münzen bei sich, wie um die Bettler nicht durch gebrauchte, abgegriffene Geldstücke zu beleidigen. Außerdem pflegte er es fast dreimal so viel wie sonst üblich zu geben, was natürlich zur Folge hatte, daß er von Bettlern belagert wurde. Schließlich mußte er die Zeit seines täglichen Spazierganges ändern, aber schämte sich zu sehr, die Wahrheit zuzugeben, und erfand einen Metzgergesellen, der, wie er sagte, ihn überfallen habe. Denn sein wahrer Grund für die Änderung des Spaziergangs war natürlich, daß seine Gewohnheit, Geld zu verschenken, nicht mit seiner moralischen Aussage, dem kategorischen Imperativ, in Einklang zu bringen war.“ (Hannah Arendt „Über das Böse“ – Eine Vorlesung zu Fragen der Ethik)*

Den Kategorischen Imperativ formulierte Kant in „Kritik der Praktischen Vernunft“, wie folgt“

**„Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Princip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“**

Er machte also selbst, vermutlich ganz unbewusst, das herrschende Eigentumsrecht zur Maxime seines Willens. Denn Geld zu verschenken kann mit dem Eigentumsrecht nicht in Einklang gebracht werden. Natürlich nicht! Geld ist Ausdruck ausgebeuteter Arbeit und es zu verschenken bedeutet eigentlich, den Beschenkten zu befreien. Wer Alles geschenkt bekäme könnte ja leben ohne für einen Eigentümer arbeiten zu müssen und wäre dann ja dem Eigentümer gleichgestellt, der nicht arbeiten muss, weil Andere für ihn arbeiten. „Wer alles bekäme, würde nicht mehr arbeiten wollen.“ So das alte Vorurteil seitdem das Eigentumsrecht begann sich herauszubilden; und bekanntester geistiger Kurzschluss, den die Repräsentanten im Bundestag erleiden, wenn sie sich über Beschränkungen von Sozialleistungen anstrengen. Sie haben alle das gleiche Problem wie Kant auf seinen Spaziergängen. Sie wollen Gut sein, und müssen doch Böse sein. Das Gute darf nicht „als Princip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten.“ Erkenntnisse aus der Anthropologie, dass Arbeit ein menschliches Bedürfnis ist, nämlich freiwillige Arbeit, gehört nicht zu dem, was Machthaber im Eigentumsrecht unbedingt wissen wollen.

Das einzig menschliche Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung kann nur sein, dass es allen Gut gehen möge. Aber das Eigentumsrecht kennt nur das Prinzip, dass es Einigen gut gehen möge, auf Kosten aller Anderen. Was also geändert werden muss, ist die allgemeine Gesetzgebung. Das wissen die Eigentümer und behalten sie deshalb in ihrer Hand, entweder in Form eines Parlaments mit vom Wählerwillen entbundenen Mandaten oder mit einer Diktatur. Die Lösung des Problems liegt also darin, Gesetz-Gebung und -Initiative

in die Hände des Staatsvolkes zu legen, sodass die Maximen der Staatsbürger als Prinzipien allgemeiner Gesetzgebung gelten und alle Staatsgewalt tatsächlich vom Volk ausgehen kann. Schon die Gegenüberstellung ganz weniger aber entscheidender Prinzipien eines Repräsentativsystems mit einer wirklichen Demokratie (Radikaldemokratie) offenbaren die Lösung, wie z.B. in folgender Tabelle:

<b>Repräsentative (Oligarchie)</b>	<b>Demokratie (Radikaldemokratie)</b>
<b>Ungebundene Repräsentanten sind nicht legitimiert durch</b>	<b>Ein Souveränes Staatsvolk ist legitimiert durch</b>
<b>Falschinterpretation der Allg. Erklärung der Menschenrechte</b>	<b>Artikel 21 der Allg. Erklärung der Menschenrechte</b>
<b>Der Wille des Volkes ist auf Wahlen von Repräsentanten zu beschränken.</b>	<b>„Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt.“</b>
<b>Das Freie Mandat führt zur Fremdherrschaft</b>	<b>Mit dem Imperativen Mandat zur Volkssouveränität</b>
<b>Vertreter sind an Aufträge ihrer Wähler nicht gebunden, aber korrumpierbar. (in Art. 38 im GG verankert)</b>	<b>Mandatsträger sind an Aufträge ihrer Wähler gebunden &amp; jeder Zeit abwählbar. (im GG noch nicht verankert)</b>
<b>Was bedeutet Parteiherrschaft?</b>	<b>Was bedeutet Volksherrschaft?</b>
<b>Alle Staatsgewalt geht von Partei- führern aus (im GG nicht verankert)</b>	<b>„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ (in Art. 20 GG verankert)</b>

## Mach den Unterschied!

Werde Fördermitglied bei

**UMEHR e.V.**

„Zweck ist die Vereinigung von Menschen, welche sich für die Verankerung der egalitären Menschenrechte der UN von 1948 in Verfassungen und Gesetzen durch ihre freien Entscheidungen als Staatsbürger engagieren.“  
siehe [www.umehr.net](http://www.umehr.net)  
[info@umehr.net](mailto:info@umehr.net)

Holger Thurow-N.



# UMEHR e.v.

## UNITED MOVEMENT FOR EQUAL HUMAN RIGHTS

**Dieser Verein wurde von den Gründern als ein radikaldemokratisches Projekt gestartet. Wir betrachten und behandeln jeden Menschen als König, als Souverän in seinen eigenen Angelegenheiten.**



Im Zentrum jeder radikaldemokratischen Struktur steht die Selbstbestimmung jedes Einzelnen und jeder einzelnen Gruppe in ihr, was dem Sinn unserer Menschenrechte entspricht. Die Gründungsmitglieder hatten sich für eine radikaldemokratische Struktur dieses Vereins entschieden, um auf die radikale Demokratisierung unserer Gesellschaft hinwirken zu können. Den Gründern war von Anfang an klar, dass dieser Verein von undemokratischen Machthabern nicht gemocht, eventuell behindert und sogar verleumdet werden könnte. Wir sind bereit, alle Widrigkeiten geduldig zu ertragen, bis wir unsere Souveränität als Staatsbürger hergestellt haben und selbst über Verfassung und Gesetze entscheiden können. Die Alternative zur Volksherrschaft ist die nicht enden wollende Fortsetzung der Lohnsklaverei durch reiche Eigentümer und die politische Entmündigung durch deren Repräsentanten.

<https://www.umehr.net/aufnahmeantrag>



[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)



**Pour une société de l'égalité  
et l'amnistie générale pour tout le monde!**

Numéro : 01/23

4ème édition

05.03.2023



**Les produits les plus exportés  
par les pays africains**

Premier produit exporté en valeur pour chaque pays d'Afrique en 2020



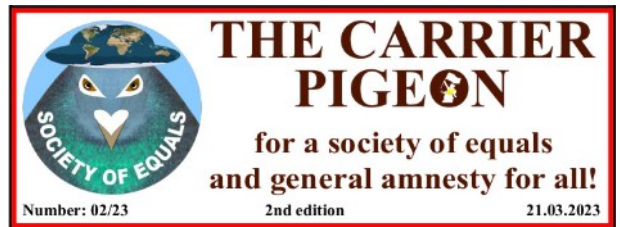
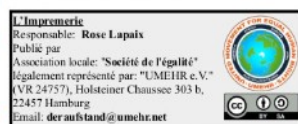
**ici** La météo de la vie locale  
Après avoir quitté le Mali, les troupes françaises vont quitter le Burkina Faso d'ici un mois, a annoncé le ministère des Affaires étrangères mercredi. La junte au pouvoir au Burkina Faso a mis fin à l'accord de défense qui le liait à la France.



<https://www.francebleu.fr/info-international/apres-le-mali-les-militaires-francais-vont-quitter-le-burkina-faso-2960320>



[www.deraufstand.wihuman.de](http://www.deraufstand.wihuman.de)



Number: 02/23

2nd edition

21.03.2023



By Uwe Albert ([editors@deraufstand.wihuman.de](mailto:editors@deraufstand.wihuman.de))

'Little fissures': The U.S.-Ukraine war unity is slowly cracking apart



<https://www.politico.com/news/2023/03/12/biden-united-states-ukraine-relationship-cracks-0008664>

As Balkhmut Falls, US May Turn From Ukraine, Starting With Pipeline Story

If the Donetsk city of Balkhmut falls to the Russians the U.S. may need to serve first in order to reverse course in Ukraine, writes Joe Lauria.



<https://conservativenews.com/2023/03/08/as-balkhmut-falls-us-may-turn-from-ukraine-starting-with-pipeline-story/>



**Articles in this issue**  
- Dying for freedom? Plea against the western war alliance  
- Have we Germans learned from our past?  
- The Dunning Kruger Effect – a treat to society?

Feel free to send your own articles or artwork to be published in The Carrier Pigeon to: [deraufstand@umehr.net](mailto:deraufstand@umehr.net). Editorial principles: [Click here](#) or leaf to the last page

**IMPRINT**  
Responsible: Peter Müller  
Published by: "SOCIETY OF EQUALS"  
legally represented by: "UMEHR e.V."  
(VR 24757), Holsteiner Chaussee 303 b,  
22457 Hamburg, Germany  
Email: [deraufstand@umehr.net](mailto:deraufstand@umehr.net)



**DER AUFSTAND**  
für Frieden Freiheit  
Selbstbestimmung durch  
Radikaldemokratie & Besitzrecht  
Nummer: 23/23 217. Ausgabe 04.06.2023

**Zahl der Millionäre gesunken!**  
https://www.radicaldemocrat.news/

**Manöver "Air Defender 2023"  
Luftrüstung rechtfertigt  
Luftwaffenübung**  
06.06.2023 | 08:28 Uhr

**Nächste Woche startet das  
Luftwaffenmanöver "Air Defender 2023"  
der Nato. Verteidigungsminister Pistorius  
betonte noch einmal die Wichtigkeit der  
Übung.**

**Das Morden geht weiter, weil  
die US-Waffenindustrie es will**  
Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)

**Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)**

**DER AUFSTAND**  
für Frieden Freiheit  
Selbstbestimmung durch  
Radikaldemokratie & Besitzrecht  
Nummer: 22/23 216. Ausgabe 28.05.2023

**Die Presse muß die  
Freiheit haben, alles zu  
sagen, damit gewisse  
Leute nicht die Freiheit  
haben, alles zu tun.**

**Erneut Proteste auf  
Frankreichs Straßen**  
Kaltfront gegen Greenwashing  
Stand: 14.04.2023 02:44 Uhr

**Telepolis  
Der Ukraine-Krieg wurde provoziert:  
Warum das für Frieden zentral ist:  
Die Frage der Nato-Erweiterung steht im  
Mittelpunkt des Krieges. Darum können  
Waffen aus dem Westen diesen Krieg nicht  
beenden. Was dann?**  
Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)

**Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)**

**DER AUFSTAND**  
für Frieden Freiheit  
Selbstbestimmung durch  
Radikaldemokratie & Besitzrecht  
Nummer: 21/23 215. Ausgabe 21.05.2023

**PROTEST NOTEN  
FAS  
FRANGE**

**Neue Waffen für Kiew:  
Signal gegen die  
wachsende  
Kriegsmüdigkeit**  
Von: Moritz Koch, Mareike Möller  
Deutschland verspricht  
mehr Panzer für die ukrainische  
Gegenoffensive. Doch der Krieg  
könnte noch Jahre dauern – und  
Europas Soldaten ihren  
Höhepunkt erreicht haben.  
<https://www.radicaldemocrat.news/ukraine/2023/05/21/neue-waffen-fuer-kiew/>

**Die größte Luftoperations-  
übung seit dem Bestehen  
der Nato**  
Der von Deutschland angeführte Beginn vom 12. bis  
23. April ist der größte Luftangriff der Nato  
seit dem Zweiten Weltkrieg.

**Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)**

**DER AUFSTAND**  
für Frieden Freiheit  
Selbstbestimmung durch  
Radikaldemokratie & Besitzrecht  
Nummer: 20/23 214. Ausgabe 14.05.2023

**Freiheit für  
Julian Assange,  
oder wir gleiten ab  
in eine westliche Barbarei**  
Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)

**Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)**

**DER AUFSTAND**  
für Frieden Freiheit  
Selbstbestimmung durch  
Radikaldemokratie & Besitzrecht  
Nummer: 19/23 213. Ausgabe 07.05.2023

**Auch Graichens Bruder  
berät die Regierung**  
In der Kritik: Wirtschaftsminister Habeck und sein  
Staatsekretär Patrick Graichen (L)  
Foto: Ulfhild Huber

**FREE JULIAN ASSANGE**  
Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)

**Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)**

**DER AUFSTAND**  
für Frieden Freiheit  
Selbstbestimmung durch  
Radikaldemokratie & Besitzrecht  
Nummer: 18/23 212. Ausgabe 30.04.2023

**#FreeJulianAssange  
Heroic periodists**  
Leitenden Echsen (F)ilderstadt:  
Sind Kommunen  
schlecht auf  
Demokratiefeinde  
vorbereitet?  
02.05.2023 - 11:54 Uhr

**Notfalls mit Zwang**  
Die EU-Kommission will den  
Munitionsexport für die Ukraine  
sicherstellen und plant ein strenges  
Gesetz: Unternehmen sollen zur Abgabe  
von Munition an EU-Staaten verpflichtet  
werden können.

**Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)**

**DER AUFSTAND**  
für Frieden Freiheit  
Selbstbestimmung durch  
Radikaldemokratie & Besitzrecht  
Nummer: 17/23 211. Ausgabe 23.04.2023

**Die Corona-Pandemie kostet  
den Bund bisher 440 Milliarden  
Euro**  
Stand: 22.04.2023 | Lesedauer: 3 Minuten  
Von: Kerstin Seidel  
https://www.radicaldemocrat.news/2023/04/22/die-corona-pandemie-kostet-den-bund-bisher-440-milliarden-euro/

**Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)**

**DER AUFSTAND**  
für Frieden Freiheit  
Selbstbestimmung durch  
Radikaldemokratie & Besitzrecht  
Nummer: 16/23 210. Ausgabe 16.04.2023

**1. MAI 2023**  
Heraus zum 1. Mai – für Frieden,  
Freiheit und soziale Gerechtigkeit  
https://www.radicaldemocrat.news/2023/04/16/1-mai-2023/

**„Die wirtschaftlichen Folgen des  
Ukraine-Krieges“ Prof. Wolff**  
<https://youtu.be/hu5A-l6D-DSc>

**Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)**

**DER AUFSTAND**  
für Frieden Freiheit  
Selbstbestimmung durch  
Radikaldemokratie & Besitzrecht  
Nummer: 15/23 209. Ausgabe 09.04.2023

**Die Presse muß die  
Freiheit haben, alles zu  
sagen, damit gewisse  
Leute nicht die Freiheit  
haben, alles zu tun.**

**Aus für ALLE Gas-  
Heizungen droht 10  
Jahre früher**  
FDP-„Verschleppungs-Ordnung“ – „Größe Vererbung  
des Menschen“

**Wochenzeitung als PDF unter:  
[www.radicaldemocrat.news](http://www.radicaldemocrat.news)**